

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drachenschrift: Spadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Mai 1931

Jat Piccard tot?

Im. m. t. t. t.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der schweizerische Physiker Piccard, der am Mittwoch morgen in Augsburg zu einem Stratosphärenflug aufgestiegen ist und nach 7 bis 8 stündigem Flug landen wollte, hat diese Absicht bis in den späten Abendstunden des Mittwoch nicht durchgeführt.

Das Unternehmen Piccards und seines Assistenten Kipfer geht zweifellos weit über den Rahmen einer sportlichen Veranstaltung hinaus. Es ist ein ernsthafte Experiment, das nach langen und sorgfältigen Vorbereitungen durchgeführt wurde. Piccard wollte in die sogenannte Stratosphäre eindringen, die in etwa 13 000 m Höhe beginnt und bis zu etwa 65 000 m reicht. Während die darunter liegende Troposphäre das Gebiet der wetterbildenden Kräfte darstellt, ist die Stratosphäre das Gebiet der Dämmerungserscheinungen. In ihr wirken die kurzwelligen Sonnenstrahlen und die langwelligen Erdstrahlen zusammen. Es findet hier ein gewisser Wärmeausgleich statt. Piccard beabsichtigte daher vor allem, Messungen dieser kosmischen Strahlungen vorzunehmen und Untersuchungen über die Luftpolektrizität anzustellen. Ausserdem sollte seine Fahrt in bisher von Menschen noch nicht erreichte Höhen den Konstrukteuren wichtige Aufschlüsse über den Bau von Fahrzeugen für die Stratosphärenflüge geben. Man plant z.B. den Flugverkehr der Zukunft in diese höchsten Luftschichten zu verlegen, weil man hier unabhängig von meteorologischen Einflüssen ist.

Der Ballon Piccards hat einen Durchmesser von 30 Metern und einen Rauminhalt von 14 000 Kubikmetern. Er hat mit einer Füllung von 2300 Kubikmetern Gas seine Reise angetreten. Das Gasventil ist so eingestellt, dass der Ballon in einer Höhe von 16 000 Metern zum Abstieg entsprechend entleert werden kann. Die Gondel ist mit einem Fallschirm ausgerüstet und mit einer Reissleine versehen, durch die der Ballon ebenfalls zum Sinken gebracht werden kann. Sie selbst ist vollkommen verschlossen, sodass das Leben der Jnaassen bis zu einem gewissen Grade geschützt ist. Sie hat einen Durchmesser von 2,10 Metern und ist aus Aluminiumblech von 3,5 mm gearbeitet. Man rechnet in der Stratosphäre mit einer Temperatur von minus 60 Grad Celsius. Die Gondel wurde deshalb mit einem Ueberdruck von 7 Atmosphären auf ihre Dichtigkeit geprüft. Tatsächlich dürfte in 16 000 Metern Höhe aber nur etwa 1/10 dieses Luftdrucks herrschen.

In der Gondel sind sämtliche Apparate, die zur Durchführung von Luftmessungen benötigt werden, zweckmässig angeordnet. Es gibt in ihr eine Ionisationskammer, einen Elektrometer, Photometer, Höhenmesser, überhaupt alle zur Luftfahrt erforderlichen Instrumente und Geräte für die Sauerstoffatmung. Piccard nahm vor dem Aufstieg an, dass in der Gondel stets eine Temperatur von 20 bis 25 Grad vorhanden sein werde und hoffte, die Temperatur im Innern mit Hilfe der Sonnenstrahlung durch einen schwarzgestrichenen Schutzschirm, der den halben Kugelumfang der Aluminiumgondel umgibt und verstellt werden kann, regulieren zu können. Sollte die Temperatur im Innern der Kugel zu gering werden, so wollte er den schwarzen

Schirm auf die Sonne richten, ihre Strahlen einfangen und dadurch eine grössere Wärmemenge ansammeln.

Der Versuch Piccards geht weit über alle bisherigen Höhenflüge hinaus. Der Franzose Jan Calliza erreichte mit einem Flugzeug bereits eine Höhe von 12 442 Metern. Alle übrigen Höhenflüge sind mit Freiballons durchgeführt worden. Im Jahre 1804 stieg der berühmte Physiker Gay-Lussac zu einem Flug auf, bei dem es ihm fast ohne Hilfsmittel glückte, 7 000 Meter hoch zu gelangen. Im Jahre 1850 versuchte der Engländer John Welsh ebenfalls einen Höhenflug. Auch er musste sich nach Erreichung von 7 000 Metern zur Rückkehr entschliessen. Der englische Physiker Glaisher unternahm in den Jahren 1862 bis 1866 nicht weniger als 28 Ballonaufstiege, von denen ihn einer bis zu einer Höhe von 8 500 Metern emporführte. Die Messgeräte, die er bei diesen Flügen benutzte, waren so unzulänglich dass der wissenschaftliche Wert seiner Fahrten erhebliche Einbussen erlitt. Der im aerologischen Institut in Lindenberg wirkende Professor Artur Berson unternahm am 31. Juli 1901 zusammen mit dem Meteorologen Reinhard Sühning einen Höhenflug, bei dem es ihm gelang, eine Höhe von 10 800 Metern zu erreichen. Die grösste von Menschen bisher erreichte Höhe beträgt annähernd 13 000 Meter und wurde im Jahre 1928 von dem Amerikaner C. Gray mit dem Ballon "Belleville III" erreicht. Die Messgeräte zeigten eine Höhe von 12 945 Metern an.

Hat Piccard eine noch grössere Höhe erreicht? Die Ballonsachverständigen behaupten es vorläufig und doch wird über die wirklich erreichte Höhe nur der Höhenmesser in dem Ballon Piccards genaue Auskunft geben können. Aber kehrt der Ballon heil zurück? Fast hat es den Anschein, als ob auch Piccard sein Experiment mit dem Leben bezahlen muss oder bereits bezahlt hat. Der Donnerstag dürfte darüber endgültigen Aufschluss geben.

SPD. Bochum, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Da es der KPD im Ruhrbergbau bisher nicht gelungen ist, eine neue Streikbewegung zu entfachen, ist sie jetzt dabei, die Erwerbslosen aufzuputtschen.

In fast allen Orten versuchen Instrukteure der KPD unter der Leitung eines angeblichen ehemaligen Leutnants Terrorgruppen zu bilden, die besondere Anweisungen für den Kampf mit der Polizei und für die Erledigung von Polizeibeamten erhalten. Für besondere Leistungen auf diesem Gebiet sind Prämien ausgesetzt. Ferner wird in Geheimbefehlen und Flugblättern zum Sturm auf die Rathäuser und auf die Wohlfahrtsämter und zu Tötlichkeiten gegen führende Persönlichkeiten (z.B. Oberbürgermeister Jarres-Duisburg) aufgefordert. Zugleich sollen Funktionäre des Kampfbundes gegen den Faschismus aus Belgien und Holland Schusswaffen in erheblicher Zahl einschmuggeln.

Die Polizei ist über diese Vorgänge genau informiert und auf der Wacht!

SPD. Weimar, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag beschloss am Mittwoch auf Antrag der Nationalsozialisten, das Gehalt der Minister auf 12000 Mark herabzusetzen. Der Antrag hat für die zurzeit im Amt befindlichen Minister keine Rechtswirksamkeit.

Als im Januar 1930 das neue Ministergesetz verabschiedet wurde, stellten die Sozialdemokraten den Antrag, das Grundgehalt der Minister auf 12000 Mark festzusetzen und die Pension einschl. aller Zulagen gleichfalls 12000 M. nicht überschreiten zu lassen. Damals wurden beide Anträge von den Nationalsozialisten abgelehnt. Nachdem Frick nicht mehr im Amt ist, brachten sie den von der SPD bereits 1930 gestellten Antrag wieder ein, obwohl seine Annahme jetzt keine rechtliche Wirkung mehr hat.

Der Landtag nahm ferner einen Antrag an, nach dem die Regierung mit dem ehemaligen Altenburger Herzog Verhandlungen über eine weitere Abfindung oder eine laufende Unterstützung nicht mehr pflegen soll. Ausserdem fanden 2 sozialdemokratische Entschliessungen Annahme, nach denen die Frick'sche Verordnung über die Negekultur und die Schulgebetsordnung aufgehoben werden sollen.

SPD. Madrid, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

In einem Erlass der Regierung wird bestimmt, dass alle Erwerbslosen zwischen dem 16. und 65. Lebensjahre und zwar männlichen und weiblichen Geschlecht soweit sie jährlich bisher nicht mehr als 6000 Peseten (4800 Mark) verdient haben, künftig Arbeitslosenunterstützung beziehen können. Ausgenommen von der Unterstützung sind öffentliche Beamte und Hausangestellte. Ausländer sollen gemäss dem Washingtoner Abkommen behandelt werden. Ausserdem hat die Regierung eine Mutterschutz-Versicherung beschlossen, die am 1. Oktober in Kraft treten soll und nach der alle Arbeitnehmerinnen vierteljährlich 1,90 Peseten (1,50 Mark), die Arbeitgeber 1,85 Peseten (1,45 Mark) als Versicherungsquote zu entrichten haben. Dafür wird im Falle der Schwangerschaft entsprechende Hilfe gewährt.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Mittwoch den verantwortlichen Redakteur des Berliner deutschnationalen "Tag" Rudolf Flemming und den Landtagsberichterstatler Köhn vom gleichen Blatte wegen übler Nachrede in je 2 Fällen, begangen gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kuttner, zu je 500 Mark Geldstrafe. Dem als Nebenkläger zugelassenen Landtagsabgeordneten Kuttner wurde die Publikationsbefugnis im "Vorwärts", "Tag" und "Berliner Tageblatt" zugesprochen. Ausserdem wird der Abdruck einer von Kuttner dem "Tag" eingesandten Berichtigung von Gerichtswegen angeordnet.

Mitte Dezember 1930 fand im preussischen Landtag die Debatte um den Remarque-Film statt. Als Redner der Sozialdemokratie geisselte Kuttner unter stürmischem Beifall der Linken den Hugenberg-Ufa'schen Geschäftsblattpatriotismus. Gegenüber den verlogenen Angriffen auf den Film verwies Kuttner darauf, dass es den "Unteroffizier Himmelstoss", die bekannte Figur des Remarque-Films, in Tausenden von Exemplaren in der alten Armee gegeben hat. Dies veranlasste den Angeklagten Köhn als Landtagsberichterstatler, in seinem Stimmungsbild zu behaupten, dass Kuttner viel schlimmer sei als der Unteroffizier Himmelstoss. Ihm habe ein Gerichtsurteil in Sachen Davidsohn seine Roheit bescheinigt. Als Kuttner hierauf dem "Tag" eine Berichtigung des Inhalts sandte, dass an dieser Behauptung kein wahres Wort sei, druckte der "Tag" diese Berichtigung zwar ab, versuchte aber zugleich in einem Kommentar auf Grund von Urteilen in den Prozessen Kuttner gegen Davidsohn, sowie gegen den "Deutschen Vorwärts" die Richtigkeit seiner Behauptung zu erweisen. Dieses Referat aus den Urteilen war nach der raffinierten Methode des deutschnationalen Verleumdungssystems zusammengebraut, indem die entscheidenden Stellen der Urteile verschwiegen, andere Stellen aus dem Zusammenhang gerissen, verfälscht und verdreht wurden. Eine neue Berichtigung Kuttners druckte der "Tag" nicht ab. Kuttner strengte daraufhin gegen das deutschnationale Blatt Klage an.

Schwerer als die Strafen, die Hugenberg als Besitzer des "Tag" aus seiner grossen Kasse zahlen wird, wiegt die für die Angeklagten vernichtende Begründung des Urteils. Darin heisst es wörtlich: "Es handelt sich bei dem Vergehen der Angeklagten um Anwürfe gegen eine Persönlichkeit, gegen deren persönliche Integrität nicht das mindeste vorgebracht worden ist. Gerade vom politischen Standpunkt der Angeklagten aus sind die Angriffe auf den Nebenkläger ganz unverständlich. Sie liessen sich innerlich verstehen, wenn sie von entgegengesetzter (kommunistischer) Seite ausgingen, der inneren Ueberzeugung der Angeklagten aber können sie keinesfalls entsprechen. Wenn sie diese mehr als 10 Jahre zurückliegende Sache gegen den Nebenkläger vorholen, so zeigen die Angeklagten selber, dass sie sonst gegen ihn nichts einzuwenden wissen."

Die Unruhen während der ägyptischen Wahlen haben insgesamt 600 Menschen das Leben gekostet. Das Zentrum der Unruhen bildete das proletarische und kleinbürgerliche Quartier von Bulagh, das schon die Lastendes wütenden Widerstandes bei der Eroberung Kairos durch den ersten Napoleon getragen hat. Die Arbeiter der dort befindlichen Staats- und Eisenbahnwerkstätten sind fast geschlossen der Streikparole der vereinigten Liberal-Konstitutionellen und der Wafdisten gefolgt. Unter dem Personal der Eisenbahnen herrscht auch jätzt noch keine Ruhe. Es verharret in passiver Resistenz, die sich im Personen- und Güterverkehr empfindlich bemerkbar macht.

Das Eintreten der arbeitenden Massen für die Opposition hat den Gegnern der Diktatur in Wirklichkeit zum Siege verholfen. Mit den Führern und ihrer Leibgarde, den Mittelschülern und Studenten, wäre Sedky Pasche wie zur Zeit der Parlamentsauflösung schon fertig geworden, aber König Fuad, dem alles andere vorzuwerfen ist, nur nicht Mangel an politischer Hellhörigkeit hat die Situation, wie immer wenn seine politischen Interessen bedroht sind, sehr schnell begriffen. Das Abrücken von seinem bisherigen Schildhalter Sedky ist auf nichts anderes zurückzuführen als auf die drohende Haltung der arbeitenden Bevölkerung. Auch England beginnt aufzuhorchen und sucht Fühlung mit den Anhängern des demokratischen Systems. Zum ersten Mal hat die ägyptische Arbeiterschaft einen Kurswechsel in der inneren Politik Ägyptens erzwungen, während sie bisher nur als Statisterie für die Cliques und Coterien der politischen Geschäftemacher gedient hat. Der Druck von unten ist allerdings noch nicht stark genug gewesen, um die Struktur des politischen Lebens zu ändern.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es in Ägypten zunächst zur Bildung eines aus Beamten zusammengesetzten Uebergangsministeriums kommen, das die Gemüter beruhigen und einigermaßen anständige Wahlen vorbereiten wird. Ihm wird ein Koalitionskabinet der Liberal-Konstitutionellen und des Wafd folgen. In dieser Kombination wird Mohammed Mahmud Pascha die erste Geige spielen. England, das nach bewährtem Brauch den Streitigkeiten solange Gewehr bei Fuss zugesehen hat, bis sich das Zünglein zu Gunsten einer Partei zu neigen begann, hat bereits durch den Oberkommissar, Sir Percy Loraine, mit Mohammed Mahmud und Seky Pascha Fühlung nehmen lassen. Per solda wird England auch von dieser Entwicklung der Verhältnisse profitieren und endlich zu dem lange ersehnten Abkommen mit Ägypten gelangen. Der politische Vorteil, der ihm daraus entsteht, wird allerdings nicht billig bezahlt, denn der Sudan, der bisherige Stein des Anstosses der anglo-ägyptischen Beziehungen, ist seit dem Abbruch der letzten Vertragsverhandlungen aus einer Verheissung zu einem Sorgenkind für Gross-Britannien geworden. Das Experiment, ihn zu einem Baumwollversorger der englischen Textilindustrie zu machen und Lancashire auf diesem Wege von Ägypten und den Vereinigten Staaten unabhängig zu machen, ist kläglich zusammengebrochen. Amerikanische Volkswirtschaftler haben mit ersichtlicher Schadenfreude ausgerechnet, dass hierbei nicht weniger als eine halbe Milliarde englischen Kapitals verloren worden sind. Ob diese Angaben auf die Million stimmen oder nicht, bleibt gleichgültig, sicher ist, dass die Zustände der sudanesischen Wirtschaft England froh sein lassen müssen, sich dieses Ballastes auf eine gute Art zu entledigen.

Die Frage wie lange das in Ägypten in Arbeit befindliche Kompromiss vorhalten wird, lässt sich dagegen nicht so leicht beantworten, denn die Grundlagen, auf denen die Einigung der drei in der ägyptischen Politik zur Zeit noch bestimmenden Faktoren, König, England und Parlament aufgebaut ist, sind reichlich schwach und überdies ganz unsolide. Ein völliges Verkennen der Notwendigkeiten zur Beseitigung der wirtschaftlichen Nöte Ägyptens, gesteigert durch den Mangel an Willen einer durchgreifenden Fürsorge für die hungernden Massen, werden den schwankenden Bau kurz über lang von neuem erschüttern. In diesem Stadium der Entwicklung werden die diesmal noch mühsam durch sudanesischen Polizisten und englische Militärbereitschaft im Schach gehaltenen Massen von Bulagh eine ganz andere Rolle spielen wie in den Wahlumulten des Maimonats 31.

SPD. Am Mittwoch fand zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Besprechung statt, in der ausser der Haltung der Reichsregierung zu den Brotpreiserhöhungen vor allem auch der beabsichtigte Erlass einer neuen Notverordnung zur Sanierung der öffentlichen Finanzen erörtert wurde.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, dass das Frühjahr weder eine psychologische noch eine wirtschaftliche Entlastung gebracht habe. Die Arbeitslosigkeit sei nur unwesentlich gesunken, die Aussichten auf wirtschaftliche Belebung seien gering, sodass die lange Arbeitslosigkeit und der trübe Ausblick in die Zukunft schwer auf allen Schichten der werktätigen Bevölkerung lasteten. Dieser Zustand sei umso ernster zu nehmen, als sich herausgestellt habe, dass die von der Reichsregierung im Dezemberprogramm in Aussicht gestellte Ankurbelung der Wirtschaft durch Senkung der Produktionskosten gescheitert sei. Die Löhne seien zwar erheblich gekürzt worden, eine entsprechende Preissenkung, eine rücksichtslose Bekämpfung der Kartelle und die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit aber seien ausgeblieben. Die nun durch die neue Notverordnung drohenden Gefahren würden infolgedessen bei der Masse der Bevölkerung ungleich grösseren Widerstand finden als die Dezembernotverordnung, die zu einer Zeit erging, in der statt der jetzigen Enttäuschung Hoffnung auf Besserung bestanden habe. Die Sozialdemokratie kenne den ernstesten Zustand der öffentlichen Finanzen. Sie halte auch nach wie vor ihre Sanierung für unbedingt erforderlich. Die Sanierung dürfe aber nicht erfolgen durch einen Abbau der sozialen Leistungen, deren Umfang und Höhe in Zeiten langandauernder Krise des vermehrten Schutzes bedürften.

Reichskanzler Dr. Brüning gab sodann Aufschluss über die tatsächliche Finanzlage, deren Entwicklung unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise ungünstiger sei als man im Vorjahre hätte annehmen können. Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten, die verhindere, dass die sozialen Einrichtungen wegen Mangel an Mitteln zusammenbrechen. Bisher seien irgendwelche Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht gefasst. Es hätten bisher nur Besprechungen in einem Ausschuss des Kabinetts stattgefunden, und diese Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Einzelmassnahmen müssten nach Meinung der Regierung so gestaltet werden, dass sie von den Massen des Volkes als erträglich angesehen werden könnten. Was besonders die Brotpreise angeht, so halte die Reichsregierung ihre Senkung in kürzester Frist für unbedingt erforderlich. Würden die bisherigen Massnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Zölle schreiten.

Es ist damit zu rechnen, dass die neue Notverordnung noch vor der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers nach Chequers fertiggestellt wird, dass aber ihr Erlass erst nach der Rückkehr von Chequers erfolgt.

+ + +

Dazu erfahren wir, dass die bisher von uns veröffentlichten Einzelheiten über die Pläne der Reichsregierung im wesentlichen den Absichten des Kabinetts entsprechen. Was zunächst die Arbeitslosenversicherung angeht, so wäre also ihre Sanierung zum Teil durch eine Erhöhung der Beiträge, zum Teil durch eine Änderung der Leistungen zu erwarten. Endgültige Beschlüsse darüber dürften aber ebenso wie über die Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge erst nach dem Abschluss der Arbeiten der Brauns-Kommission gefasst werden. Für die Krisenunterstützung sollen höhere Beträge als im Etat vorgesehen zur Verfügung gestellt werden. Eine Änderung in den Leistungen der Invalidenversicherung ist nicht beabsichtigt. Bei den Ersparnissen in Höhe von etwa 200 Millionen dürfte es sich um eine Kürzung der Renten einiger Kategorien von Kriegsbeschädigten und um eine Verringerung der Sachausgaben handeln. Darunter befinden sich auch 50 Millionen, die durch Nichtausgabe von bewilligten Mitteln im Wehretat erspart werden sollen. Bei der Kürzung der Bezüge der Beamten, für die anscheinend eine Mehrheit im Kabinett erwartet wird, ist jedoch im Gegensatz zu der Dezember-Notverordnung mit einer Staffelung zu rechnen, durch die die

unteren Gehälter geringer, die oberen Gehälter stärker belastet werden. Auch ist eine Beschäftigtensteuer geplant, die allerdings über den Kreis der beschäftigten festangestellten Arbeitnehmer hinaus allgemeinen Charakter tragen soll. Es trifft auch zu, dass die Reichsregierung eine Erhöhung der Zuckersteuer plant. Ob gleichzeitig eine Ermässigung des Höchstpreises für Zucker erfolgen soll, um eine Preissteigerung und einen Konsumrückgang zu verhindern, steht noch nicht fest. Unbestimmt ist nach wie vor auch, auf welchem Wege die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden erreicht werden soll.

SPD. Kiel, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf der nationalsozialistischen Exzesse auf der Insel Fehmarn wurden 11 Personen, darunter ein 9 Monate altes Kind schwer verletzt. Die Vorgänge kennzeichnen das Banditentum der Nazis in ihrer ganzen Grösse.

In dem Städtchen Burg waren von den Nazis Doppelposten aufgestellt und Rollkommandos bereit gehalten worden. Wiederholt wurden harmlose Passanten angerempelt. Wenn sich einer wehrte, erschienen auf einen Pfiff die Rollkommandos in Stärke von 40 - 50 Mann. Als drei Ueberfallene in eine Wohnung auf dem Lebensmittelamt flüchteten und die Türen hinter sich verschlossen, brachen die Nazis die Türen auf und demolierten die ganze Wohnungseinrichtung. Auch ein Bett, in dem Kinder schliefen, wurde auseinandergerissen. Einer der Verfolgten wurde von den Nazis gefesselt und nach dem Rathaus gebracht. Die Polizei sah dem Treiben untätig zu.

Weitere Ueberfälle leisteten sich die Nazis nach dem Abmarsch aus Burg in dem Ostseebad Heiligenhafen. Dort überfielen sie zwei Jungbannerkameraden, die in dem Stall eines Rentners Schutz suchten. Die Nazibanditen durchsuchten das Haus, und als sie die Verborgenen nicht fanden, drohten sie mit der Demolierung des Gebäudes, worauf die eingeschüchterte Frau des Rentners das Versteck preisgab. Die Nazis schlugen auf die beiden Jungbannerkameraden ein, bis sie zu Boden stürzten, wo man ihnen noch Fusstritte versetzte. Mit Gewalt führte man sie dann auf die Strasse. Der Nazipastor Nissel beobachtete die Gewalttätigkeiten von seinem Haus aus, in der einen Hand die Hakenkreuzfahne, die andere zum Hitlergruss erhoben. In der Stadt selbst schlugen die Nazis dann noch auf eine 75 Jahre alte Frau ein.

SPD. Genf, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

In Genf wurde am Mittwoch die vom Völkerbund einberufene Weltkonferenz zur Begrenzung der Herstellung von Rauschgiften eröffnet.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende der Konferenz, der belgische Senator de Brouckère, dass nicht zu entscheiden sei, ob die Herstellung von Rauschgiften beschränkt werden solle, sondern festzustellen sei, wie diese Beschränkung durchgeführt werden müsse. Das Prinzip der Beschränkung sei bereits beschlossen. Es gebe aber Meinungsunterschiede über die Mittel zur Durchführung. Es sei kein Grund zu bezweifeln, dass man schliesslich zu einem Ueberkommen gelangen werde. Die Kontrollmethoden für den illegalen Handel müssten fortschreitend verstärkt werden. Das seit 1912 anerkannte Prinzip der Beschränkung der Herstellung auf wissenschaftliche und medizinische Bedürfnisse müsste nun nach einem bestimmten Plan wirksam durchgeführt werden. Für alle Länder ständen die gleichen moralischen Interessen auf dem Spiele und alle Regierungen seien der Ansicht, dass die Profite aus der unerlaubten Herstellung von Rauschgiften unterdrückt werden müssten.

SPD. Halle, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Die kommunistischen Bankerotteure des Allgemeinen Konsumvereins Halle haben beschlossen mit der Gross-Einkaufs-Gesellschaft in Hamburg in Verbindung zu treten und durch Verhandlungen die Zwangsversteigerung abzuwenden. Da sich die GEG jedoch auf derartige Verhandlungen nicht einlassen wird und nicht einlassen kann, weil sie nach den Äusserungen massgebender Kommunisten nur geführt werden sollen "um die SPD zu entlarven", ist das Schicksal des Allgemeinen Konsumvereins Halle endgültig entschieden: er verfällt dem Konkurs.

In der Vertreterversammlung, die den obigen Beschluss fasste, liess die Verwaltung des Konsumvereins eine Schlägerkolonne mit zum Teil ortsfremden Elementen zu, während Sozialdemokraten, die als Delegierte gewählt waren, der Zutritt verweigert wurde. Gleich zu Beginn der Versammlung kam es deshalb zu Zwischenfällen. Einem sozialdemokratischen Vertreter wurden Einladungen zu einer öffentlichen Verbraucherversammlung gewaltsam entrissen. Der Vorsitzende des Betriebsrats des Konsumvereins, der Leninist Bowitzki wurde unter schweren Misshandlungen aus dem Saal hinausgeworfen.

SPD. Paris, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Briand hat am Mittwoch seine Demission zurückgezogen, nachdem das Kabinet die Haltung der französischen Delegation vor dem Europa-Ausschuss und dem Völkerbundsrat in Genf einstimmig gebilligt und der Ministerpräsident im Namen der Regierung den Aussenminister gebeten hatte, "auf seinem Posten die Friedens- und Sicherheitspolitik weiterzuführen, die er bis jetzt mit wiederholter Billigung des Parlaments vertreten hat". Briand dankte für diesen Solidaritätsbeweis und erklärte sich bereit, vor der Kammer die in Genf gefassten Beschlüsse auseinanderzusetzen und zu verteidigen.

Auf eine nach dem Ministerrat von Journalisten gestellte Frage, wann die Debatte über die Genfer Verhandlungen vor der Kammer stattfinden, erwidert Ministerpräsident Laval, dass er das noch nicht wisse. Sie würde wahrscheinlich aber vor dem 13.Juni angesetzt werden, da die Regierung an diesem Tag dem neuen Präsidenten der Republik ihre Demission überreichen werde.

Während der "Temps" das Verbleiben Briands im Aussenministerium begrüsst und es als einen Erfolg der Logik und des gesunden Menschenverstandes bezeichnet, erklären das der Schwerindustrie nahestehende "Journal des Débats" und der "Ami du Peuple", dass der Entschluss des Aussenministers mit dem Votum des Versailler Kongresses in Widerspruch stehe. Beide Blätter sprechen zugleich die Hoffnung aus, dass die Kammer Briand nicht mehr lange als Leiter der französischen Aussenpolitik dulden werde. Franklin-Bouillon, der in den Reihen der Gegner Briands natürlich nicht fehlen darf, hat bereits eine Interpellation über die "Notwendigkeit eingebracht, den Aussenminister, dessen Methoden die französische Politik zu neuen Misserfolgen in Genf geführt haben und dessen Tätigkeit im Inneren des Landes eine ständige Drohung gegen die Mehrheit der nationalen Einigkeit darstellt, sofort seines Amtes zu entsetzen". Franklin-Bouillon will am Donnerstag beim Wiederezusammentritt der Kammer die sofortige Beratung seiner Interpellation verlangen.

SPD. Warschau, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Der polnische Staatspräsident hat den bisherigen Handelsminister Oberst Prystor mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Es steht bereits fest, dass Kriegsminister Pilsudski und Aussenminister Zaleski auch dem neuen Kabinett angehören werden.

SPD. In dem Wiederaufnahmeverfahren gegen Bullerjahn hat der Oberreichsanwalt am Mittwoch dem Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, auf sofortige Unterbrechung der Strafvollstreckung stattgegeben. Bullerjahn wird am Donnerstag aus der Strafhaft entlassen.

SPD. Stuttgart, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Württembergische Landtag nahm am Mittwoch einen von der Sozialdemokratie gestellten Antrag an, nach dem die Württembergische Regierung bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden soll, dass die Brotpreiserhöhung als bald rückgängig gemacht wird. Dem Antrag stimmten auch die Rechtsparteien einschliesslich des Bauernbundes zu. Ein Antrag des Bauernbundes, der die vom Reichsernährungsministerium vorgesehene Butterzollerhöhung "alsbald" durchgeführt wissen wollte, wurde abgelehnt. Ausser dem Bauernbund stimmte nur der agrarische Flügel des Zentrums für den Antrag. Abgelehnt wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter nicht zugelassen wissen will, solange es erwerbslose deutsche Landarbeiter und Jungbauern gibt. Dagegen stimmten auch das Zentrum und ein Teil der Demokraten

SPD. München, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Piccards Ballon hat den Tag über folgenden Weg genommen: Von Augsburg wurde der Ballon zunächst in südwestlicher Richtung ins Allgäu getrieben, wo er um sieben Uhr in Kaufbeuren, um 8,30 Uhr in Kempten und eine Stunde später in Isny an der württembergischen Grenze gesichtet wurde. Hier wurde der Ballon durch Höhenwolken den Blicken entzogen. Dazu erklärte die Augsburger Ballonfabrik Riedinger, auf deren Gelände der Aufstieg erfolgte, dass der Ballon nach ihren Beobachtungen und Berechnungen am Mittwoch um die Mittagszeit die Höhe von 16 000 Metern überschritten haben müsse.

Überraschend wurde der Ballon um 14,30 Uhr in der Gegend von Garmisch-Partenkirchen als winziger, glänzender Punkt in ausserordentlicher Höhe gesichtet. Die Windrichtung hatte inzwischen gedreht und den Ballon im Abstieg nach Südosten getrieben. Aber auch hier änderte er wieder die Richtung und trieb in nördlicher Richtung gegen das Flachland hinaus, wo er um 15,30 Uhr zwischen Oberammergau und Peisenberg in einer Höhe von etwa 4000 Metern beobachtet wurde. Einige Zeit später wurde er über Landsberg am Lech gesichtet, das schon ziemlich im Flachlande liegt. Dann trieb der Ballon wieder in südlicher Richtung dem Gebirge zu und wurde um 17 Uhr über dem 1800 Meter hohen Wank gesehen, auf den von Partenkirchen aus eine Seilschwebbahn führt.

Aus der Tatsache, dass Piccard sich bereits in den frühen Nachmittagsstunden über Flachland befand ohne zu landen, wird in Fachkreisen geschlossen, dass die beiden Insassen nicht mehr am Leben sind, weil sie sonst vermutlich in der Ebene eine Landung versucht hätten.

SPD. Köln, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" meldet in ihrer Mittwochsausgabe aus Essen: "Vor kurzer Zeit hat der Bergbauverein in Essen, im wesentlichen identisch mit dem Zechenverband, der schon vor den Septemberwahlen des vorigen Jahres gewaltige Summen in die Kassen der Nationalsozialisten gegeben hat, der nationalsozialistischen Parteileitung wiederum eine halbe Million bewilligt. Zwar fanden die Antragsteller, die führenden Leute des Verbandes, in der Sitzung der Zechengewaltigen einigen Widerspruch, aber schliesslich wurde der Antrag mit unerheblicher Mehrheit angenommen und beschlossen, die

Summe im Umlegungsverfahren nach einer bestimmten Verrechnungsmethode auf die angeschlossenen Zechen zu verteilen. Einige Persönlichkeiten des Bergbaus hatten Bedenken gegen die Bewilligung des Geldes. Sie wiesen auf sozialistische Forderungen im Programm der Nationalsozialisten hin. Hohnlachend wurde ihnen von den Wissenden versichert: "Ach was Programm, man weiss doch, was das bei dieser Bewegung besagen will, und wir haben auch entsprechende Garantien."

SPD. Tours, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Entschliessungskommission des sozialistischen Parteitags lehnte am Mittwoch einen Antrag Renaudel, im "Populaire" auf die Widergabe von Communiqués von Aktiengesellschaften, Banken usw. zu verzichten, mit 26 gegen 17 Stimmen ab. Eine Verständigung über eine Entschliessung zur Landesverteidigung und Abrüstung konnte in der Mittwoch-Vormittagsitzung noch nicht erzielt werden.

SPD. Brüssel, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Die belgische Regierungskrise ist noch immer nicht gelöst. Nachdem der christlich-demokratische Führer Pouillet trotz starker Aufmunterung von allen Richtungen der bisherigen Mehrheit und mehrmaligen Aufforderungen des Königs die Kabinettsbildung ablehnte, ist am Mittwoch dem konservativ-katholischen Führer Renkin der Auftrag zur Regierungsbildung erteilt worden. Renkin hat sich Bedenkzeit erbeten, jedoch die Besprechungen mit den Parteiführern bereits aufgenommen.

Im katholischen Lager scheint man Renkin wohlwollend aufnehmen zu wollen, obschon es ihm vermutlich nicht leicht fallen wird, die flämische Linie der katholischen Partei zu befriedigen. Die Liberalen haben vorläufig zu einer Ministerpräsidentschaft Renkins noch nicht Stellung genommen. Ein Ministerium Renkin würde einen ausgesprochenen Ruck nach rechts bedeuten. Von Haus aus christlich-demokratisch hat sich Renkin immer mehr nach rechts entwickelt. Er gehört seit dem Kriege zum reaktionären Flügel der katholischen Partei. Gelegentlich neigte er auch faschistischen Sympathien zu. Daran, dass eine Regierung Renkin die verworrene politische Lage entwirren und die schwierigen innerpolitischen Probleme lösen könnte, ist nicht zu denken. Es würde sich im besten Falle um ein Uebergangsmministerium von verhältnismässig kurzer Dauer handeln können.

Die sozialistische Parlamentsfraktion betont gemäss den Entscheidungen der sozialistischen Parteikongresse, dass für sie eine Beteiligung an der Regierung nur nach Neuwahlen in Betracht komme.

SPD. Amtlich wird gemeldet: "In der Mittwoch-Sitzung des Reichskabinetts erstattete Reichsminister Dr. Curtius einen ausführlichen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Tagung des Völkerbundsrats und des Europa-Ausschusses. Nach eingehender Aussprache stimmte das Reichskabinett den Ausführungen des Reichsaussenministers zu, dem vom Reichskanzler zugleich der Dank der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht wurde."

SPD. Rom, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Enthüllungen des Organs der faschistischen Gewerkschaften über die antifaschistischen Pläne des katholischen Volksverbandes haben am Mittwoch in Rom Demonstrationen und Ausschreitungen von Studenten und Faschisten zur Folge gehabt. Sie warfen in dem Hauptsitz des katholischen Verbandes sämtliche

Fensterscheiben ein, drangen in mehrere katholische Vereinshäuser ein und zerstörten deren Einrichtungen. Ueberall mussten grössere Polizeiaufgebote eingreifen. In der römischen Universität wurde ein Bild des Papstes abgerissen und im Universitätshof verbrannt. Das alles geschah unter wilden Rufen wie "Nieder mit dem Vatikan", "Nieder mit den Feinden des Faschismus!". Zugleich wurden zahlreiche Exemplare des vatikanischen Organs auf den Strassen verbrannt.

Der Chefredakteur des "Osservatore Romano", des vatikanischen Staatsorgans, wurde in dem Augenblick, als er vatikanisches Gebiet verliess und den Fuss auf italienischen Boden setzte, von Polizeibeamten aufgefordert, mit zur Polizeiwache zu kommen. Er sprang jedoch auf vatikanischen Boden zurück und weigerte sich, der Aufforderung Folge zu leisten. Er ist zwar vatikanischer Staatsbürger, kann aber auf italienischem Boden wie jeder Ausländer verhaftet werden.

Das Vatikanische Staatsorgan veröffentlicht am Mittwoch zu den Enthüllungen eine kurze Erklärung, in welcher die Richtigkeit der veröffentlichten Geheimdokumente bestritten und gesagt wird, dass diejenigen, die zur Zeit überall Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder und Einrichtungen des katholischen Verbandes begingen, keineswegs die einzigen Verantwortlichen für die jüngsten Vorfälle seien. Die römischen Blätter schweigen über die Ausschreitungen vollkommen.

SPD. München, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Piccard-Ballon befand sich am Mittwoch gegen 19 Uhr 30 über dem Inn-tal in der Gegend von Imst. Die letzten Beobachtungsmeldungen stammen von dem Wetterwart des Zugspitz-Observatoriums, nach dessen Auffassung der Ballon abends gegen 19 Uhr 30 in rund 7000 m Höhe in eine nordsüdliche Sturmschicht geraten ist.

Um 19 Uhr 45 wird aus Innsbruck gemeldet, dass der Ballon in etwa 5000 m Höhe zwischen dem Pitz-Tal und dem Oetz-Tal steht und sich offenbar in sinkendem Zustande befindet.

Von der Ballonfabrik Riedinger in Augsburg wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Insassen, die für 2 bis 3 Tage Proviant und auch genügend Sauerstoff mit sich führten, vielleicht doch noch am Lebenseien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass sie die Abkühlung der Luft am Abend zum Abstieg und zur Landung benutzen wollen.

SPD. Paris, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Die am Mittwoch im Arbeitsministerium geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der nordfranzösischen Textilindustrie führten zu keinem Ergebnis. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

SPD. München, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Mit der Zunahme der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die das Reich verstrickt ist, rühren sich in Bayern wieder jene Kräfte, die ihre Hoffnung auf eine partikularistische und monarchistische Restauration noch nicht aufgegeben haben. Sie behaupten immer wieder, das Land Bayern sei auch heute noch ein völlig selbständiger Staat kraft eigenen Rechts und betätige sich im Sinne einer Wiederherstellung der bayerischen Staatshoheit im Ausmass des Königsreichs vor 100 Jahren. Die Träger dieser reaktionären Bestrebungen sind in erster Linie die ehemaligen Hofschranzen des Adels, des ehemaligen hohen Offizierskorps und der oberen Beamtenbürokratie, die für

sich und ihre Nachkommenschaft die Nutzniesser des Regimes waren. Ihre Exponenten sind die Macher im Heimat- und Königsbund, der sich die Aufgabe gestellt hat, das Landvolk in seinen Gefühlen bei der verflossenen Monarchie zu halten.

Die Bayerische Volkspartei hat sich zwar in den letzten Jahren immer weiter von dieser Restaurationspolitik distanziert, es kommt aber doch nicht von ungefähr, dass gerade im jetzigen Augenblick jener Flügel der Partei wieder aktiver wird, der sich mit der demokratischen Republik nicht abfinden will. Auch der derzeitige Münchener Oberbürgermeister Scharnagl, der schonwiederholt als Ministerpräsident-Kandidat nach dem Abgang des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. Held genannt wurde, mischt sich unter die Erneuerer der staatlichen Selbständigkeit Bayerns. Getrieben von der "Sorge um die Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit gegenüber den Absichten der Reichsregierung" hat er sich an die Spitze einer Bewegung gestellt, deren Stosskraft gegen den Reichskanzler Brüning und die Reichsinnenpolitik seiner Regierung gerichtet ist. Zurzeit geht er, wie die sozialdemokratische "Münchener Post" mitteilt, in allen Bevölkerungskreisen mit einer bayerischen Protestadresse an den Reichskanzler Brüning hausieren, um Unterschriften für eine letzte Warnung zu sammeln. In der Adresse wird darauf verwiesen, dass die Entwicklung im Reich immer mehr den Zielen des Einheitsstaates zustrebe, wobei von der Voraussetzung ausgegangen werde, dass die Länder absterbende Gebilde seien. "Demgegenüber ist es uns - so heisst es in dem Protest des Herrn Scharnagl weiter ein Herzensbedürfnis, zu erklären, dass wir an dem bayerischen Staat, wie ihn mehr als ein Jahrtausend geformt hat, mit dem ganzen Herzen und der ganzen Liebe hängen, die für jeden Staat Voraussetzung seines Bestehens ist. Es er scheint uns Pflicht, Ihr Augenmerk darauf zu lenken, dass der Weg, den das Reich einschlägt um zu einem Ziel zu gelangen, das für uns unannehmbar und für die ganze Nation schädlich ist, uns ständig in Konflikte stürzt zwischen der inneren und liebevollen Verbundenheit zwischen unserem Staat und der freien Betätigung unseres Reiches. Diese unablässige Beunruhigung der Öffentlichkeit halten wir für einen der schlimmsten Schäden, die die innere Kraft der Nation beeinträchtigen."

Die bisher für den Protest gewonnenen Unterschriften stammen in der Hauptsache aus den Kreisen des Adels, der Professorenschaft, der Justiz und der Geschäftswelt, die seit langem die Stützen des Held-Kurses in Bayern sind.

SPD. London, 27. Mai (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Herald" behandelt in einem Leitartikel den bevorstehenden Besuch der deutschen Minister in Chequers und antwortet in energischem Ton auf die französischen Pressekommentare über die dort zu erwartende Erörterung der Reparationsfrage. "Dr. Brüning und Dr. Curtius haben selbstverständlich volles Recht, - so schreibt das Blatt der Arbeiterpartei - die Reparationsfrage, wenn sie wollen, zuerst mit England zu diskutieren. Und alles was sie zu sagen haben, wird höflich angehört und ernstlich erwogen werden.... Wenn Deutschland die Angelegenheit weiter zu verfolgen beabsichtigt - was es offenbar will - so müssen alle am Youngplan interessierten Mächte zu der Beratung hinzugezogen werden."

Der Antrag auf Gewährung eines Zahlungsaufschubes würde, so schliesst der "Daily Herald" seine Betrachtungen, eine finanzielle Krise hervorrufen, unter der nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen Länder zu leiden haben würden. Es sei daher besser, den Dingen ins Auge zu sehen bevor diese Notwendigkeit eintrete.

SPD. Der Berliner Magistrat hat am Mittwoch auf Vorschlag des zweiten Bürgermeisters Dr. Elsass beschlossen, gewisse Fälle von Verquickung zwischen Amtsgeschäften und persönlichen Geschäften gründlich zu liquidieren. Die Fälle stammen noch aus der Zeit des Oberbürgermeisters Dr. Böss.

In einem Falle ist bereits eine Entscheidung getroffen. Es handelt sich hier um den Geschäftsführer der "Berolina", Golde. Die "Berolina" ist eine städtische Grundstücksgesellschaft, die vor Jahren die Grundstücksaufkäufe am Alexanderplatz durchführte. Gegen die Durchführung dieser Geschäfte lässt sich nichts einwenden. Die Stadt hat ohne Zweifel das heiss umstrittene Gelände am Alexanderplatz günstig gekauft. Hätte sie die Käufe selbst getätigt, so hätten grössere Summen ausgeworfen werden müssen. Um das Gelände am Berliner Alexanderplatz bewarb sich zu gleicher Zeit wie die Stadt eine unter nord-amerikanischer Führung stehende Gruppe. Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass der Geschäftsführer der "Berolina", Golde, der mit dem Aufkauf durch die Stadt Berlin betraut war, gleichzeitig der nordamerikanischen Gruppe gute Dienste geleistet hat. Es soll beabsichtigt gewesen sein, so wird behauptet, Golde als Geschäftsführer in den Dienst der genannten Gruppe zu übernehmen. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, dass Golde nicht Geschäftsführer der Berolina bleiben konnte. Diese Folgerung hat Dr. Elsas gezogen. Golde ist aus dem Dienst der Stadt Berlin ausgeschieden.

Die Grundstücke am Alexanderplatz wurden für die Berliner Verkehrsgesellschaft aufgekauft, die sie für ihre Untergrundbahnbauten brauchte. Es mutet nun immerhin merkwürdig an, dass die "Berolina" einem Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, dem Oberbaurat Zangemeister, eine Hypothek von 200 000 Mark zu sehr günstigen Bedingungen auf seine Villa gegeben hat. Zangemeister gehört der Deutschnationalen Partei an. Auch Golde steht den Rechtsparteien nahe.

Ein anderer Fall betrifft die Berliner Gaswerke. Diese stehen seit 1928 unter Leitung des als Fachmann bekannten Dr. Ludwig. Ludwig ist Inhaber mehrerer Patente; u.a. hat er einen Gasdruckregler konstruiert, der in grösserem Umfange auch in Berlin eingeführt worden ist. Für die Ueberlassung der Lizenzen an eine Berliner Maschinenfabrik hat Ludwig grössere Summen bezogen. Es soll ein durch den früheren Oberbürgermeister Dr. Böss unterzeichneter Vertrag vorliegen, wonach Ludwig dieses Recht zugestanden wurde. Dieser Vertrag hat immer wieder zu Vorwürfen gegen Ludwig geführt. Man kann unter diesen Umständen das Bestreben der neuen Berliner Stadtverwaltung begreifen, hier Klarheit zu schaffen. Demgegenüber verhielt sich Ludwig ablehnend. Mit der ganzen Angelegenheit soll sich nun am Freitag der Aufsichtsrat der Berliner Gaswerke beschäftigen. Unter Umständen ist damit zu rechnen, dass es zu einer Klärung an gerichtlicher Stelle kommen wird.

SPD. Amsterdam, 27.Mai (Eig.Drahtb.)

Im nördlichen und östlichen Niederland wurde am Mittwoch durch Gewitter mit Wölkchenbrüchen grosser Schaden angerichtet. In Winschoten (Provinz Groningen) schlug der Blitz in den Rathausturm. In Helmond wurde durch Blitzschlag in einen Bauernhof ein 30jähriger Landwirt getötet und eine neben ihm sitzende Frau betäubt. An den Gebäuden wurde grosser Schaden angerichtet. Bauernhöfe wurden durch den Blitz eingäschert in Erm, Buinen und in der Umgegend von Nijmegen. In Hangelow, wo einwolkenbruchartiger Regen die tiefergelegenen Strassen unter Wasser setzte, schlug der Blitz ebenfalls in ein Haus ein und rief grosse Beschädigungen hervor.

Aus aller Welt

Doppelmörderinnen.

Mord hinter der spanischen Wand - Die Leichen im Vitriolbad - Das Leben des Abenteurers Sarret.

SPD.Marseille, Ende Mai (Eig.Bericht)

In Marseille wurde ein Verbrechen aufgedeckt, an dessen Aufklärung die Bevölkerung ganz Frankreichs lebhaftesten Anteil nimmt. Man kennt die Vorgänge erst ungefähr. Die Gerichtsverhandlung über den Fall darf desselben Interesses sicher sein, das seinerzeit die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru fand, da seit Landru wieder ein "Rekord" der Grausamkeit und des Unfassbaren erreicht wurde.

Der Tod des Erpressers.

Die Geschwister Schmidt werden zusammen mit ihrem Freund Sarret wegen betrügerischen Bankrotts festgenommen. Durch Zufall macht die eine Schwester eine verdächtige Aussage, man forscht nach und stellt fest, dass das Trio mindestens zwei Morde auf dem Gewissen hat. Die eine Schwester Schmidt war verheiratet, der Gatte krank, die Versicherung aussichtsreich. Man fand einen dritten, einen früheren Pfarrer, der sich unter dem Namen des Gatten bei der Versicherungsgesellschaft eintragen liess. Kurze Zeit danach starb der Gatte, die Versicherungssumme wurde ausbezahlt.

Nun kommt der zweite Akt. Der einstige Pfarrer macht Erpressungen bei den Geschwistern Schmidt und droht alles zu verraten. Sarret, der Freund der beiden, lädt den erpresserischen Ex-Pfarrer ein, erschießt ihn. Bestellt dann die Frau des Toten, ermordet sie ebenfalls. Die beiden Leichen wurden mehrere Tage lang in die Badewanne der Villa gelegt, mit Vitriol übergossen, bis sie fast vollkommen zersetzt waren. Die breiigen Ueberreste wurden in einen Eimer gefüllt, mit Wasser verdünnt und in den nahen Felsen in alle Winde zerstreut.

Sarrets Vorbereitungen.

Die Schwestern Schmidt verliessen dann die Villa, nachdem diese desinfiziert und die Spuren der Mordtat durch einen neuen Anstrich beseitigt worden waren. Dem Besitzer der Villa fiel der Desinfektionsgeruch und der Anstrich auf; er setzte die Polizei in Kenntnis. Sie konnte jedoch nichts feststellen, sodass die Angelegenheit damals, vor sechs Jahren, nicht weiter verfolgt wurde. Erst jetzt, als der Polizeichef von Marseille erfahren hat, dass die geheimnisvollen Mieter der Villa die Schwestern Schmidt und Sarret gewesen waren, schöpfte er Verdacht und konnte nach einem geschickten Verhör die drei Verhafteten zur Ablegung eines Geständnisses veranlassen. Katharina, die eine der Schwestern Schmidt, erklärte, dass Sarret die beiden Morde mit Vorbedacht und nach langen Vorbereitungen ausgeführt habe. Sie selbst und ihre Schwester seien von Sarret derart terrorisiert worden, dass sie die Taten nicht anzuzeigen wagten.

Ferodachis Verwandlung.

Die Vorgeschichte des grauenvollen Dramas ist besonders interessant, sofern man die Persönlichkeiten der Angeklagten betrachtet. Die beiden Geschwister Schmidt sind, wie schon ihr Name besagt, gebürtige Deutsche. Sie stammen aus Bayern und gingen vor dem Kriege als Gouvernanten nach Paris. Der Hauptbeschuldigte Sarret ist einer der grossen Abenteurer des zwanzigsten Jahrhunderts. Er stammt aus Triest und liess sich in Frankreich naturalisieren. Ursprünglich hiess er Ferodachi. Daraus wurde der Provencale Sarret. Als lohnende Tätigkeit erschien ihm der Beruf eines Börsenmaklers nach der Devise, die

einmal Alexander Dumas gab: Das Geschäft - das ist das Geld der anderen. Daneben schrieb Sarret für einige Zeitungen Skandalartikel. Die Honorare waren gering, aber die Summen, die ängstliche Leute aus Furcht vor einem Skandal als Schweigegeld zahlten, umso grösser. Journalismus, wie er verächtlich, aber eben doch zuweilen noch anzutreffen ist.

Sarret betrieb seine gemischte Tätigkeit jahrelang mit bestem Erfolg. Bei der im Jahre 1932 bevorstehenden Wahl wollte er sich sogar als Kammer-Kandidat aufstellen lassen. Er hatte auch Aussicht gewählt zu werden, denn er spielte auf der Klaviatur der Politik nicht schlechter als viele andere in Frankreich. Die Aufdeckung der Morde machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Sarret leugnet übrigens bis jetzt die Taten energisch, aber er gilt als überführt.

Die Opfer.

Die Persönlichkeit des Ermordeten ist ein Rätsel für sich. Er war früher katholischer Geistlicher, wurde wegen sittlicher Delikte entlassen, sank immer mehr und wurde schliesslich ein williges Objekt Sarrets und der Geschwister Schmidt, als sie den Versicherungsbetrug begangen. Ueber die Frau des Ermordeten, die von dem Mörder später gleichfalls beseitigt wurde, ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

-0-

+ + +
Juwelendiebe. In Düsseldorf in der Bismarckstrasse in der Nacht zum Mittwoch Diebe in ein Goldwarengeschäft ein und raubten für 30 000 Mark Uhren und Schmucksachen. Trotz sofortiger Alarmierung des Ueberfallkommandos konnten die Verbrecher entkommen.

+ + +
"Tubantia"-Wrack gefunden! Der Kapitän des englischen Schiffes "Reclaimer" hat bei seinem Versuch, die Goldladung der im Jahre 1916 in der Nordsee von einem deutschen U-Boot versenkten "Tubantia" zu finden, Glück gehabt: das Wrack wurde ermittelt, sodass die Taucher mit ihrer Arbeit bereits beginnen konnten. Um bequemer an die Goldvorräte heranzukommen, soll das Wrack des Schiffes gesprengt werden. In dem Schiff befinden sich etwa 20 Millionen Mark in Gold, die seinerzeit in einer Ladung von holländischem Käse versteckt waren.

+ + +
Denkmal der Titanic=Opfer. In Washington wurde ein Denkmal eingeweiht, das dem Gedenken der am 15. April 1912 bei der Titanic-Katastrophe ums Leben gekommenen Menschen gilt. Das Denkmal ist von guter künstlerischer Wirkung. Es stellt einen in ein Leichentuch gehüllten Menschen dar, der die Arme weit ausstreckt.

+ + +
Englische Einstein=Ehrung. Professor Einstein weilt seit einiger Zeit in England und wird dort sehr gefeiert; die Universität Oxford ernannte ihn zum Ehrendoktor und liess die Wandtafel, auf der Einstein seine Relativitätstheorie erläuterte, unter Glas und Rahmen aufbewahren.

+ + +
17 jähriger Mörder. In Jüterbog wurde der 17 Jahre alte Hausdiener Fritz Gotke festgenommen. Er gestand, am 1. Mai seine Principalin, die 40 Jahre alte Frau Frieda Burmeister aus Jüterbog überfallen, mit einem Zehnpfundgewicht niedergeschlagen und ermordet zu haben, indem er der Bewusstlosen die Kehle durchschnitt. Gotke gibt an, dass er sich an Frau Burmeister dafür, dass sie ihn schlecht behandelt habe, rächen wollen. Wenn er nach der Tat aus dem Besitz der Ermordeten 50 Mark geraubt habe, so sei das lediglich geschehen, um einen Raubmord vorzutäuschen.

+ + +
Abgestürztes Zeitungsflugzeug. Ueber Chicago stürzte ein Zeitungsflugzeug modernsten Typs ab; sämtliche vier Insassen verunglückten tödlich.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Arbeitslose als Kleingärtner.

SPD. Das Arbeitslosenproblem ist schon wiederholt - auf dem Papier durch Siedlung und Schrebergärten "gelöst" worden. Neuerdings predigt auch die Unternehmerpresse: "Zurück zur Natur!" So bringt die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel, betitelt "Ventile", in dem mit viel Temperament dafür eingetreten wird, den Arbeitslosen im Weichbild der Grosstädte ein Stückchen Land zu geben, auf dem sie durch eigene Arbeit für sich selbst etwas schaffen und einen Teil ihres Lebensunterhaltes selbst ziehen und verdienen können. Im Bereich von Berlin gebe es z.B. genug Land in städtischem oder privatem Besitz, auf dem man in der Nähe von Eisenbahnlinien Notsiedlungen versuchen könne. Zur Schaffung einer ersten Unterkunft könnten viele alte Waggons der Reichsbahn benutzt werden. Wer nur einigermaßen die Berliner Lauben kenne, wisse, wie begehrt ein Waggon vierter Klasse für Siedlungsanfänge sei. Privatinitiative sei notwendig; natürlich müssten Staat und Städte mithelfen. Es handele sich hier nicht um Siedlungsrömantik; es komme jetzt nur darauf an, Ventile zu schaffen, die man für den nächsten Winter überall brauchen werde.

Romantisch mag dieser Vorschlag nicht sein, trotzdem ist er, soweit von ihm eine Linderung der Arbeitslosennot erhofft wird, wenig realistisch. Schrebergärten und Lauben für die Arbeitslosen - das hört sich sehr schön an, aber man müsste dann dem Arbeitslosen zugleich mit dem Stück Land mindestens noch 500 Mark in die Hand geben, damit er auf dem Stück Land auch arbeiten kann. Die Finanzierung der notwendigsten Anfangsarbeiten vorausgesetzt, könnte eine Beschäftigung von Arbeitslosen auf diese Weise allerdings ermöglicht werden. Eine solche Beschäftigung wäre aber noch lange keine Existenz. Sie wird es umso weniger sein, je mehr Arbeitslose systematisch sich auf Gartenbau verlegen; denn sie müssen in den ihnen zur Verfügung gestellten Boden viel mehr hineinstecken als der Berufsgärtner der Nachbarschaft, der den besseren Boden hat, und der Berufsgärtner wird selbstverständlich die kommende Konkurrenz auf dem Markt mit allen Mitteln bekämpfen.

Wir wollen nicht missverstanden werden: wir sind selbstverständlich für die Schrebergärtenbewegung. Allein diese Bewegung kann nur in vereinzelt Fällen die Wohlfahrtskassen einzelner Gemeinden entlasten. Wenn der Arbeitslose im Laufe einiger Jahre in seinem Garten für seine Kinder ein paar Erdbeeren zieht - sehr schön, sie sind seinen Kindern zu gönnen, und ebenso ist ganz allgemein für den Arbeiter die Betätigung in freier Luft nach dem Dienst in der Fabrik und für seine Kinder der Aufenthalt im Freien statt im Hinterhof eine wundervolle Sache. Aber das alles ist doch nur eine Ergänzung einer Existenz, niemals die Grundlage einer solchen. Arbeitszeitverkürzung und Ausnutzung der Freiheit durch Selbstbau von Kartoffeln, Obst und Gemüse - ja wohl, aber Entlastung des Arbeitsmarktes und der Wohlfahrtskosten der Gemeinden durch systematischen Kleingartenbau? Es ist zu schön, um wahr zu sein.

SPD. Im nordfranzösischen Textilgebiet hat die Zahl der Streikenden, die bisher 117 000 betrug, um einige Hundert zugenommen, da sich die Werkmeister der Bewegung angeschlossen haben. Der Arbeitsminister hat die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer neuen Unterredung geladen. Man rechnet jetzt damit, dass die Arbeitgeber den Vorschlag Jouhaux' annehmen, d.h. die gegenwärtigen Löhne bestehen lassen, bis eine Untersuchung über die Krise in der Textilindustrie durchgeführt worden ist.

SPD. Bei den Betriebsrätewahlen im Bereich der Oberpostdirektion Dresden stimmten von 3 409 Wahlberechtigten für den Gesamtverband 2 226 (im Vorjahre eben so viel), für die Vereinigten Christen und Nationalsozialisten 242 (240), für die Liste der Weiblichen Angestellten 472 (525), und für die RGO 73 (14).

SPD. Kommunistische Blätter behaupteten dieser Tage, die Löhne bei der Reichspost würden vom 17. Juni ab aufs neue gekürzt und die Kinderzulagen würden ganz oder teilweise gestrichen. Ebenso sei an eine allgemeine Urlaubsverkürzung gedacht. Diese Fragen seien bereits in Verhandlungen zwischen dem Postministerium dem Gesamtverband und der Deutschen Postgewerkschaft besprochen worden.

Von massgebender Stelle wird uns versichert, dass diese Angaben in keinem Punkt der Wahrheit entsprechen. Es hätten weder Erörterungen oder Verhandlungen über eine weitere Herabsetzung der Arbeiterbezüge und eine Kürzung des Erholungsurlaubs stattgefunden, noch lägen solche Massnahmen in der Absicht des Reichspostministeriums.

SPD. Dieselben Kommunisten, die sich Tag für Tag nicht genug über die Gewerkschaften ereifern können, weil diese nicht die Vierzigstundenwoche "bei vollem Lohnausgleich" forderten und sich unter die "Schlichtungsdiktatur des Reichsarbeitsministers" beugten, bringen es fertig, sich in ihren eigenen Betrieben bei der Erpressung von Lohnabbau auf - Brüning und den Reichsarbeitsminister zu berufen. Das ist kein Hundstagsmärchen, sondern Tatsache. So hat in dem Betriebe der kommunistischen "Sächsischen Arbeiterzeitung" bei dem Versuch, über die tariflich vorgesehenen Lohnkürzungen hinaus noch weitere Abbaumassnahmen vorzunehmen, ein Herr Gauss, Mitglied der Geschäftsleitung in einer wörtlich festgehaltenen und bisher nicht dementierten Aeusserung zynisch erklärt: "Wenn die Reichsregierung die Kürzung der Gehälter anordnet, können wir dasselbe in einem kommunistischen Betriebe machen. Es ist das ebenfalls nur eine Folge der Wirtschaftskrise". Wer sich diesem gesetzwidrigen Gehaltsabbau widersetzte, erhielt die bezeichnende Antwort: "Dann fliegst du aus der Arbeit!"

In einer Fraktionssitzung der KPD-Zelle des SAZ-Betriebes hielt der kommunistische Parteisekretär Schwarz eine grosse Rede, um die Belegschaft zu veranlassen, "wöchentlich 6 freiwillige Ueberstunden zu leisten". Wer nicht mitmachen wollte, wurde beschimpft und gekündigt.-

Die grössten Lumpereien sind noch stets idealistisch maskiert gewesen. Wie die Erneuerer Deutschlands mit Hilfe eines unfreiwilligen oder freiwilligen Arbeitsdienstes zur grösseren Ehre ihrer nationalen Belange eine neue Art von Fronarbeit einführen wollen, genau so soll der arme Teufel, der zufällig in einem kommunistischen Betrieb arbeitet, Ueberstunden fronen und eine Extralohnkürzung hinnehmen - alles zur grösseren Ehre des allein seligmachenden Kommunismus und der Moskauer Götzen und Götzendiener.

Besserung in der Textilindustrie.

Aber noch immer tote Maschinen und Wochenarbeitszeiten über 50 Stunden.

SPD. Eine gewisse Stabilisierung der Rohstoffpreise bewirkte in der Textilindustrie schon im vorigen Monat einen kleinen Aufschwung. Allmählich zwang eine gewisse Warenknappheit den Handel, Aufträge zu erteilen. Dann kam der Bedarf der Saison. Das ist immerhin ein sehr starker Faktor für die konjunkturelle Entwicklung, wenn er auch nicht allein ausschlaggebend ist.

Trotz der Besserung im vorigen Monat zeigt die Konkursstatistik allerdings nur ein schwaches Zurückgehen der Zusammenbrüche. Am besten scheint sich der Handel, und zwar sowohl der Grosshandel als auch der Kleinhandel erholt zu haben.

In der Baumwollindustrie ist ein starker Aufschwung festzustellen. Gerade die Unternehmer der Baumwollindustrie waren es aber, die bis zuletzt äusserst schwarz gefärbte Berichte ins Land sandten, womit man der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit entgegneten wollte. Die bessere Beschäftigung kann jetzt nicht mehr geleugnet werden. Jetzt wird aber gesagt, es lägen nur kurzfristige Aufträge vor, die nur durch starke Erhöhung der Arbeitszeit erledigt werden könnten. Das entspricht der Mentalität der Unternehmer. Sie wehren sich gegen den gesetzlichen Zwang zur Arbeitszeitverkürzung, wie ein Interessenblatt der Textilindustrie vor kurzem entschuldigend bemerkte, obwohl dieses Blatt eine Verkürzung der Arbeitszeit an sich als notwendig ansieht. Dieser Zwang wird aber unerlässlich sein, weil es mit der Einsicht der Fabrikanten sehr mangelhaft bestellt ist. Die Beobachtungen wiederholen sich immer wieder, dass, sobald es eben geht, die Fabrikanten in der Verlängerung der Arbeitszeit kein Mass und kein Ziel finden, bis sich die Folgen einstellen: und die Folgen sind völliger Auftragsmangel. Eine vernünftige Verteilung der Auftragsbestände scheint den Baumwollindustriellen ein unbekanntes Ding zu sein.

In der Wollindustrie hat sich der gute Geschäftsgang, über den schon im vorigen Monat berichtet wurde, weiter gebessert. Das gilt besonders für die Kammgarnspinnereien. In der Wollstrickgarn- und in der Streichgarnspinnerei ist die Lage nicht ganz so günstig, obwohl man begründete Hoffnung auf eine bessere Entwicklung in der nächsten Zeit hat. Vorläufig gibt es noch viel Kurzarbeit und ungenutzte Maschinen. Die Beschäftigung in den einzelnen Branchen schwankt sehr. Herren- und Damenstoffe, die vor allem in der Lausitz, z.B. in Forst, hergestellt werden, erfreuen sich sehr starker Nachfrage. In Forst herrscht gegenwärtig eine derartig intensive Fabrikationstätigkeit, wie sie seit langem nicht mehr zu verzeichnen war. Leider überwiegen hier die Eilaufträge. Die Arbeitszeit ist teilweise bis auf 51 und 53 Stunden heraufgeschraubt worden. In anderen Städten stehen aber immer noch viele Maschinen still.

Die Teppich- und Möbelstoffindustrie hat leider keinen guten Geschäftsgang. Auch hier gibt es Ausnahmen, z.B. Münchenbernsdorf, dessen Teppichbetriebe starke Auftragsbestände haben. In der Seidenindustrie ist ein kleiner Rückgang eingetreten, der sich aber nicht über die gesamte Industrie erstreckt. Einige Plätze wie Bielefeld, Viersen und Krefeld haben recht gute Beschäftigung. Uneinheitlich ist auch die Entwicklung in der Kunstseide. Die Arbeitszeit ist hier ebenfalls recht unterschiedlich. Sie schwankt zwischen 32 und 48 Wochenstunden. Wirkereien und Strickereien verzeichnen gegenüber dem Vormonat eine

bessere Beschäftigung, die sich aber nicht auf die Trikotagenbranche erstreckt. Am günstigsten ist die Lage im Chemnitzer Gebiet, wo ein stärkerer Auftragseingang zu verzeichnen ist. Im übrigen sieht es gerade in diesem Distrikt sehr bunt aus. Wegen der vielen Branchen gibt es hier Abstufungen. Die Nachfrage ist äusserst geteilt. Einerseits werden billigere Genres verlangt, andererseits Qualitätswaren.

Die Leinenindustrie hat sich gebessert. Städte wie Bielefeld, Sagan und Landeshut konnten die Arbeitszeit, die stark eingeschränkt war, etwas erhöhen. Schlecht steht es in der Juteindustrie. In der Ausrüstungsindustrie, die zum grossen Teil vom Beschäftigungsgang der übrigen Branchen abhängt, hält die Besserung naturgemäss an.

Trotz der allgemeinen Aufwärtsentwicklung hat die Zahl der Arbeitssuchenden noch nicht in gewünschter Masse abgenommen. In der Textilindustrie wurde eben stark rationalisiert. Dadurch hat man die Kapazität ausgedehnt. So gelingt es selbst bei gesteigertem Bedarf, die Aufträge mit verhältnismässig wenig neuen Arbeitskräften auszuführen. Daraus geht aber die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hervor.

SPD. Der Jahresbericht des englisch-holländischen Petroleumtrusts, der Shellgruppe, geht ausführlich auf die Lage an den Benzinmärkten ein, wo die Ölpreise infolge Überproduktion um über 50 Prozent gefallen sind. In Amerika hat man gegen diesen Preissturz eine Verminderung der Erzeugung vorgeschlagen und auch zum Teil durchgeführt. Die Shellgruppe habe daran mitgearbeitet, die Vorräte hätten sich in Amerika auch vermindert und es sei keine Ursache vorhanden, eine Panikstimmung aufkommen zu lassen. Das einzige Land, das seine Erzeugung steigern könne, sei Sowjetrussland. Trotzdem habe sich die Weltpetroleumproduktion im Jahre 1930 um etwa 11 Millionen Tonnen auf nicht ganz 200 Millionen Tonnen verringert.

Die Produktion des Shellkonzerns selbst wird mit etwa 24 Millionen Tonnen gegenüber 25,2 Millionen Tonnen im Vorjahre angegeben. Der Reingewinn ist mit über 90 Millionen Gulden ausgewiesen worden (ein Gulden = rund 1,70 Mark). Daraus wird eine Dividende von 17 Prozent ausgeschüttet. Im Vorjahr betrug die Dividende 24 Prozent.

Wir halten die Ausführungen des Shellkonzerns für recht optimistisch. So ist es einmal nicht gelungen, wichtige Petroleumstaaten z.B. Rumänien, zu einer Produktionsdrosselung zu bewegen. Andererseits muss damit gerechnet werden, dass sich unter Druck der internationalen Wirtschaftskrise gerade der Benzinverbrauch verringert. Mit dem blossen Mittel der Produktionsdrosselung kann man die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft nicht lösen. Das wird auch der Shellkonzern erfahren müssen.

SPD. Wien, 27. Mai (Eig. Drahtber.)

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker, die von etwa 2000 Chemikern aus Deutschland und Oesterreich besucht ist, wurde durch eine Demonstration seltener Elemente vor einem geladenen Publikum eingeleitet. Es wurden seltene Elemente in grösseren Mengen, wie man sie bisher noch nicht gesehen hat, vorgezeigt, so das Rhenium. Generaldirektor Dr. Feit-Salzdorf hat einen Weg zur Gewinnung dieses seltenen Elements aus deutschen Hüttenproduktenmetallabfällen gefunden. Feit stellte auch ein zweites seltenes Element zur Verfügung, das Gallium, das zuerst von französischen Forschern in einer Zinkblende entdeckt und nach ihrem Lande Gallium genannt wurde. Dr. Feit hat es neuerdings bei Verarbeitung von rheniumhaltigen Hüttenprodukten in erheblichen Mengen gewonnen. Das Gallium wird aus der wässrigen alkalischen Lösung durch Elektrolyse

abgeschieden und zwar tropft es bei diesen Versuchen wie Quecksilber an der Kathode ab, da es bei 30 Grad schmilzt. An den Verwendungsmöglichkeiten dieses jetzt leicht zugänglich gewordenen Elements wird eifrig gearbeitet. Es gibt kein Metall, das einen so niedrigen Schmelzpunkt und einen so hohen Siedepunkt hat.

Aus Anlass der Versammlung ist in Wien eine mikrochemische Ausstellung eröffnet worden. Sie bietet wohl zum ersten Mal ein fast lückenloses Bild des mechanischen und physikalischen Rüstzeugs der modernen Chemie. Die in mehreren Ausführungen gezeigten Mikroskope zur Betrachtung geschliffener Metalloberflächen sind für die Technik von grösstem Wert, weil sie die Möglichkeit bieten, das Feingefüge von Metallen zu erkennen. Die für die Zwecke der Mikroanalyse gebauten Waagen ermöglichen Gewichte bis auf einmillionstel Gramm genau zu wiegen.

SPD. Der Wochenumsatz des Zentralverbandes der deutschen Konsumgenossenschaften ist im April 1931 weiter gefallen. Er wird mit 6,70 Mark gegenüber 7,40 Mark im März 1931, 8,78 Mark im April 1930 und 8,90 Mark im April 1929. Das Ergebnis lässt ein weiteres Abgleiten des durchschnittlichen Wochenumsatzes der Konsumgenossenschaften erkennen. Für April 1931 beträgt die Verringerung gegenüber dem April 1930 nicht weniger als 23,7%. Die einzelnen Revisionsverbände weisen für April 1931 folgenden Wochenumsatz auf: Bayern 6,58 Mark (April 1930 = 8,25 Mark), Mitteldeutschland 6,25 Mark (7,87), Nordwestdeutschland 7,42 Mark (10,46), Ostdeutschland 5,83 Mark (7,60), Rheinland=Westfalen 7,65 Mark (9,43), Sachsen 7,99 Mark (11,66), Schlesien 5,11 Mark (6,48), Südwestdeutschland 5,03 Mark (5,73), Thüringen 5,85 Mark (7,76), Württemberg 6,96 Mark (7,61). Für Bayern liegt demnach ein Rückgang von 20,2, für Mitteldeutschland von 20,6, für Nordwestdeutschland von 29,1, für Ostdeutschland von 23,3, für Rheinland=Westfalen von 18,9, für Sachsen von 31,5, für Schlesien von 21,1, für Südwestdeutschland von 12,2, für Thüringen von 24,6 und für Württemberg von 8,5 Prozent vor.

SPD. Die wichtigste deutsche Petroleumgesellschaft, die Depag, (Deutsche Petroleum=Aktiengesellschaft) bleibt für das Jahr 1930 dividendenlos. Das Unternehmen wurde im Jahre 1925 durch die Deutsche Erdölgesellschaft und die Rütgerswerke gegründet. Während die Rütgerswerke hauptsächlich in der Braunkohle sitzen, betätigt sich die Deutsche Erdölgesellschaft seit einigen Jahrzehnten in den Oelgebieten am Rhein und in Hannover. Das neue Unternehmen, eben die Depag, sollte die Erdölinteressen der beiden Gesellschaften zusammen fassen. Das Unternehmen wurde mit einem Kapital von 35 Millionen Mark ausgerüstet und ist u.a. im Oelgebiet von Wietze und Hänigsen in Hannover tätig. Die Vertriebsgesellschaft der Depag ist die Olex. An ihr ist die Depag aber nur mit 25 Prozent beteiligt, während die Hauptbeteiligung bei den angelsächsischen Petroleum-Konzernen (Anglo=persian) liegt. Im Laufe des Jahres 1930 wurde der Versuch gemacht, das von der Depag gewonnene Oel in den Raffinerien der Deutschen Erdölgesellschaft (Rositz) zu verarbeiten.

Ueber den Verlauf des Geschäftsjahres teilt die Depag mit, dass die Rohölförderung um 28 Prozent gesteigert werden konnte. Die Rohölverarbeitung steigerte sich um 10 Prozent. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch im Oelhandel, da sich der Verbrauch unter Einfluss der Krise immer weiter einschränkt.

Trotz ausgiebiger Abschreibung wird ein Gewinn von 363 000 Mark erzielt, der vorgetragen wird. Eine Dividende wird nicht gezahlt. Die Vorjahrsdividende betrug 4 Prozent.

Knappes Angebot, lebloser Mehlmarkt.

(Berliner Getreidebörse vom 27.5.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch in sehr ruhiger Haltung; die Umsatztätigkeit bewegte sich in engen Grenzen. Prompter Weizen war knapp angeboten und auch wenig gefragt. Prompter Roggen wird meistens in der Provinz gehandelt, wo er höhere Preise erzielt als in Berlin. Brotgetreide aus neuer Ernte war in Anbetracht der Witterung reichlicher angeboten. Die Preise hierfür konnten sich nicht voll behaupten. Am Markt der Zeitgeschäfte wurde Roggen für den laufenden Monat erheblich höher und Weizen zur Septemberlieferung um ca. $1\frac{1}{2}$ Mark niedriger notiert. Sonst zeigten sich nur unwesentliche Veränderungen. Der Mehlmarkt blieb leblos. Für Hafer wurden unveränderte Preise verlangt; jedoch fanden sich nur wenig Käufer.

	<u>26. Mai</u>	<u>27. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	202 - 204	203 - 205
Futter- und Industrieroggen	227 - 242	227 - 242
Hafer	193 - 196	192 - 196
Weizenmehl	33,25 - 38,75	33,25 - 38,75
Roggenmehl	26,75 - 28,50	26,75 - 28,50
Weizenkleie	15,00 - 15,25	14,75 - 15,00
Roggenkleie	14,50 - 14,75	14,25 - 14,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 286-285 (Vortag 286), Juli 291-290 $\frac{1}{4}$ (291 $\frac{1}{2}$), September 244-242 $\frac{3}{4}$ (245 $\frac{1}{2}$). Roggen Mai 213-216 (209), Juli 199 $\frac{1}{2}$ -200 (200), September 189-188 $\frac{3}{4}$ (188 $\frac{1}{2}$). Hafer Mai - (200), Juli 204 $\frac{1}{4}$ -204 (204 $\frac{1}{4}$), September 174 $\frac{1}{2}$ (174).

Berliner Viehmarkt.

(27. Mai)

SPD. Das Auf und Ab in der Preisbewegung am Schweinemarkt hält an. Nach dem stärkeren Preisabfall vor Pfingsten gab es am Mittwochmarkt eine stärkere Erhöhung bei glattem Geschäft, weil der Auftrieb nicht der Nachfrage entsprach. Dagegen mussten sich die Verkäufer am Hammelmarkt Preisabschläge gefallen lassen, trotzdem der Export nach dem Ausland grössere Mengen aus dem Markt nahm. Am Kälbermarkt gab es ganz gehörige Preiserhöhungen, die sensationell wirken. Auch der Rindermarkt hätte grösseren Auftrieb vertragen können.

Notierung: Schweine: (über 300 Pfund) 48 - 49 (44 - 45), b) (240-300 Pfd.) 48 - 49 (44 - 45), c) (200-240 Pfd.) 48 - 49 (43 - 45) d) (160-200 Pfd.) 45 bis 48 (41 - 43), e) (120-160 Pfd.) 42 - 45 (38 - 40) Sauen: 42 - 44 (39-40). Schafe: a) 46 - 48 (48 - 50), b) 42 - 45 (44 - 47), c) 36 - 40 (38 - 42) d) 25 - 32 (25 - 32). Kälber: b) 63 - 75 (55 - 63) c) 52 - 67 (40 - 53), d) 35 - 46 (25 - 36). Kühe: a) 31 - 38 (32 - 38) b) 26 - 30 (26 - 31), c) 21 - 25 (22 - 25), d) 18 - 20 (18 - 21).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 27. Mai 1931.

Bologna - Brindisi.^x

SPD. Der Nachtschnellzug, der von Bologna her, die Ostküste Italiens entlang, nach Brindisi fährt, ist überfüllt. Viele Offiziere und viele kleine Kinder. Dichtgedrängt steht man im engen Gange der schlecht federnden italienischen Wagen. Das kann gut werden, denke ich, denn ich habe von Rimini, wo ich einstieg, noch etwa zwölf Stunden zu fahren. Auf der Landkarte scheint das ein kurzes Stück zu sein; aber es ist doch die halbe Länge des italischen Stiefels. Doch ich habe Glück. Das Abteil, vor dem ich stehe, wird nach einiger Zeit frei. Aber nach Mitternacht kommt ein Mann mit Frau und zwei kleinen Kindern. Ich habe nichts gegen kleine Kinder; doch wenn sie Nachts in mein Abteil kommen, bin ich für radikale Geburtenbeschränkung. Wer noch nie im Süden gefahren ist, der hat keine Ahnung davon, was alles so eine Familie auf die Reise mitnehmen kann. Rührend ist der Vater. Er rennt hin und her, holt Milch aus einem der Körbe, die draussen im Gange stehen, bringt Bettzeug, beruhigt das ältere Kinde; die Mutter setzt sich in eine Ecke und lässt das kleinste trinken. Die Windeln werden nachgesehen. Man ist ordentlich zu Hause. Der Vater spricht ein südliches, melodisch singendes Italienisch, mit vielen Kosenamen. Tröstet, besänftigt, ist unendlich geduldig und lieb. Die Mutter, eine schöne Frau von jenem Typus, der an Feuerbachs beste Frauenköpfe erinnert, aber schon schwer und dick und phlegmatisch, spricht kaum ein Wort, lässt sich und die Kinder bedienen. Kurz, es ist genau umgekehrt, wie es in einem deutschen Zuge wäre.

Als die beiden Kinder müde und schläfrig werden, bettet die Mutter sie der Länge nach auf den drei Plätzen, die neben meinem Eckplatz frei sind (das Abteil hat nur vier Sitze), kauert sich auf den Boden und legt ihr Haupt zwischen die Kinder auf die Bank. Da stehe ich auf und biete ihr meinen Platz an. Sie dankt - legt die beiden Kinder etwas bequemer auseinander, sodass sie nun auch meinen Sitz mitbenutzen können, und kauert sich wieder auf den Boden hin. Ich bin herzlos genug, das übertrieben zu finden, aber was soll ich machen? Ich gehe hinaus auf den Gang, wo der Vater sich auf einem Klappsitz niedergelassen hat. Er schaut im Abteil nach, singt mit seiner melodischen Stimme ein zärtliche Arie von Liebkosungen an Frau und Kinder, kommt wieder heraus und bietet mir sofort seinen Klappsitz an. Wir stolpern mit einigen Schwierigkeiten ins Gespräch, das in bunter Abwechslung aus deutschen, französischen und italienischen Brocken besteht; er ist Professor an einer Art technischer Hochschule in Mittelitalien; jetzt fährt er nach dem Süden in seine Heimat in Ferien. Das ist für ihn nicht all zu teuer. Denn der italienische Staat verlangt von seinen Beamten und Lehrern nur den halben Fahrpreis, sofern man eine Jahrestaxe von 50 Lire, also etwa zehn Mark, entrichtet. Allerdings zahlt Mussolini auch wesentlich geringere Gehälter als Deutschland. Dieser Akademiker hat ein niedrigeres Einkommen als ein Volksschullehrer bei uns. Er ist ein begeisterter Freund Deutschlands; wenigstens tut er so. Ich vermeide es zwar möglichst, mit ihm eingehender zu politisieren, denn in Italien ist das so eine Sache. Aber er schwärmt umso mehr von dem kommenden Bündnis des neuen Italien mit einem "Neuen Deutschland": oh, Sie glauben nicht, wie wir gerüstet sind; unsre Flieger, unsre Marine, es ist wundervoll.... Und Deutschland, dieses gewaltige Industrieland, mit so tüchtigen Soldaten - und seine Stimme senkt

sich zu einem melodisch vibrierenden Flüstern - warten Sie nur noch, ein paar Jahre, oh, Frankreich wird sooo klein.... Ihre chemische Industrie ist ja ungeheuer technisch entwickelt. Sie werden sehen.... So geht es kilometerlang, dem Sinne nach genau so phantastisch und blöd wie an einem deutschen Stammtisch, aber hier noch dabei sehr melodisch, sehr leidenschaftlich, mit vielen bedeutenden Gesten, und dazwischen springt er wieder mal ins Abteil, ruft entzückt: Oh mio bambino! - und denkt garnicht daran, dass er soeben begeistert von dem kommenden Kriege geschwärmt hat, in dem sein lieber Kleiner entweder vom Giftgas zerfressen oder von Granatsplittern zerfetzt werden wird.

Es wird empfindlich kalt in unserm Gange. Draussen hängt ein seltsamer Mond, von dem die letzten Tage ein tüchtiges Stück abgerissen haben. Der Zug rast. Selten hält er. Die Gegend ist dünn bevölkert; selten blinkt ein Licht. Endlich geht hinter trüben Wolken die Sonne auf. Ein paar rote Fetzen hängen am Himmel, und die Landschaft sieht aus wie ein Novembermorgen in der norddeutschen Tiefebene. Und doch sind wir schon weit unten im Süden. Hinter Bari tauchen die ersten grossen, graugrünen Kakteen auf. Oelbäume, Oelbäume und roter Boden, von kleinen Mauern aus lose aufeinander geschichteten Steinen durchzogen. Und gen Osten liegt, an diesem regenfeuchten Morgen, graublau und schwebend die Adria, die so garnicht blaue, sonnige Adria. Zwei Stunden vor Brindisi steigt, nach einem bewegten und umständlich aufgeregten Zusammenpacken, der Professor mit seiner Familie aus, verabschiedet sich mit einer leidenschaftlichen Innigkeit von mir, als seien wir die dicksten Freunde; die Frau aber schaut mich kaum an: und erst nachher verstehe ich auch das - die Frau ist im Süden ja noch so gebunden, noch so unfrei, dass es schon unschicklich wäre, einen fremden Mann auch nur freundlich anzusehen. Ist mir übrigens in diesem Augenblick auch höchst egal. Wichtig ist nur, dass ich endlich mich längelang legen kann. Und dann soll der Teufel alle kriegsflüsternden, zärtlichen Professoren holen, samt ihrer Madonna und ihrem bambino, und Mussolini, die deutsche Technik und die blaue, graue oder grüne Adria können mich - aber da schlafe ich schon ein, und so muss dieser Satz ohne Ende bleiben!

Rolf Gustav Haebler.

Der pensionierte Rechnungsrat.^x

SPD. Herr Willi Klalm wurde ebenfalls bei der grossen Sparsamkeitswelle mit erfasst. Nicht, dass man ihm sein Brot nahm! Man konnte ihn nur pensionieren. Herr Willi Klalm machte sich diese und jene Gedanken, er sprach aber mit seinen Kollegen nie über die Sache, denn das jene beseligende Gefühl des Verschontseins war ihm von früheren Abbau-Eskapaden aus seinem eigenen alternenden Herzen zu bekannt. Sollte er in Kaffee reisen, Versicherungen aufnehmen, allen Bekannten eine Plage? Abschriften tippen, zwanzig Zeugnisse für eine Mark? Krämern und Drogisten die Bücher führen? Man konnte nur, wenn man vernünftig war und anderen, die nichts hatten, auch das nicht noch nehmen wollte, zu Hause bleiben und aus dem Fenster auf die Strasse sehen. Man kroch in die Hausjoppe, schmökte ein Pfeifchen, holte die vergilbten Jahrgänge der Familienzeitung, las einen Witz und sah vom Fenster aus einem Hunde bei seinen Geschäften und einem Radfahrer bei tollen Kapriolen zu. Auch ein Leben. Man wurde von allen Leuten gegrüsst und geachtet und bekam Ultimo vom Geldhriefträger die Pension. Lene klapperte in der Küche mit den Töpfen. Sie gingen auch oft, Arm in Arm - man war ja zufrieden miteinander, hatte sich nie gezankt und sagte "Alte" und "Alter" zueinander - durch den Park und in einem kleinen Bogen durch eine vornehme Strasse zurück.

Herr Willi Klalm, achtundsechzig Jahre alt, rüstig, pensionierter Rechnungsrat, erfuhr auf einem dieser Wege, dass seine einzige, vor zehn Jahren fortgegangene Tochter einen Lehrer geheiratet und einem Sohne das Leben ge-

schenkt hatte, in Mecklenburg. Ein Nachbar hatte dort Verwandte und konnte den Brief zeigen. "So fahr doch hin, Alter," meinte Lene beim Abendbrot. "Für zwei ist es zu teuer, und einer muss ja auch auf die Wohnung achtgeben.. Du willst ohnehin gern ein gutes Wort bei dem Mädels anbringen!"

Nach vier Tagen kam er zurück. Enttäuscht, müde, überanstrengt, Abends um halb zwölf. Lene war noch wach und las in den "Fliegenden", Jahrgang 1893. "Nun, wie geht es dem Kind?"

"Sie haben da ein Haus; sie sind zufrieden; der Lehrer schreibt sogar einen Roman, und es kann sein, dass er ein grosser Mann wird; so klug redet er. Das Mädels? Guten Tag, Papa, sagt sie, wie geht es dir, Papa? Und im Amt? Nun, du bist pensioniert. Du hast Dir Deine Ruhe verdient, sagt sie, Du bist ja auch ein alter Mann! Gelacht hat sie, mir einen Kuss gegeben und ist eingeschlafen - eine grosse, starke, fremde Frau, mit einem grossen, fremden Mann und einem Baby. Sorgen kennt sie nicht. Ich bekomme meine Pension. Wozu bin ich noch da? Zum Essen, zum Schlafen und Geldquittieren. Das Leben geht anders herum."

Lene, so spürte Herr Willi Klahm plötzlich, schlief - wohl beruhigt durch seine Rückkehr. Er aber konnte nicht schlafen. Er ging in die zwei vorderen Zimmer. Da stand im Lichte der Strassenlaternen - gelbdunstig kam es schräg herein - der Nussbaumsekretär, der Bücherschrank mit Schiller und Wieland und Lenes Marlittbänden. Der Regulator tickte unerbittlich; die Palme dünstete. Nichts, so sagte sich Herr Klahm, ist hier noch zu ändern. Festgefügt steht die Wohnung, das Leben, das Nichtstun. Ich muss, ich muss aber wieder etwas, ein wenig schaffen, denn sonst muss ich mich gleich hinlegen und sterben. Wer fertig ist, wer nichts vor sich hat, der soll die Türe zumachen und braucht kaum Abschied nehmen - so ist es doch!

Natürlich wollte er Anderen das Brot nicht nehmen - aber ohne Arbeit, ohne einen Sinn vor sich und ein Ziel in sich, das ging nicht an! Früher, da hatte er für die Gehaltsklasse, für die Beförderung, für die Tagespflicht und die Verantwortung, für ein Kleid seiner Frau und für einen Stuhl im Wohnzimmer geatmet, geschafft, gewerkelt, gesorgt. Für des Mädels lachende Augen....

Es wurde vier Uhr Nachts und halb fünf. Mit einem Streichholz in der Hand wollte sich der alte Herr ins Schlafzimmer tasten. Geld flammte das kleine Licht gegen die Tür - die Tür - ja - jetzt kletterte er auf den Stuhl, entzündete die Gasflamme, stieg hinab, blickte auf Farbe und Holz der Tür.... und dann ging er schlafen.

Um zehn Uhr am nächsten Morgen trat er in den Laden der Drogerie Fortuna und verlangte einen Pinsel, so klein und dünn es ihn nur gäbe, dazu Spiritus und Farbe und Lack. Erstaunt über den seltenen Gast bediente der Drogist. "Ja, Herr Klahm, das hat früher alles nur ein paar Groschen gekostet." Der pensionierte Beamte nickte zu den Worten: "Es ist alles anders geworden," nahm sein Päckchen, ging und schob sich zu Hause mit einem zerschundenen Ueberrock in die Küche, wo alsbald ein Rühren und Mischen begann, dass Lene ganz erstaunt in die silbermatten Konservenbüchsen blickte.

Als sie von ihren kleinen Einkäufen zurückkam, trat mit ihr der Geldbriefträger in die Wohnung. Beide machten erstaunte Augen. Herr Willi Klahm hatte sich über und über mit Weisslack beschmiert und strich ganz langsam und bedachtsam mit einem Pinsel, so klein, als stammte er aus einem Kindermalkasten, über das Holz der Türe, tunkte wieder ein und setzte einen dünnen Strich an den anderen.

Der Geldbriefträger lachte ihn an: "Nanu, Herr Klahm, wollen Sie die Wohnung renovieren? Aber mit dem Pinsel kommen sie nicht vom Fleck!" Der Rechnungsrat legte sein Malzeug aus der Hand, quittierte die Postanweisung und sagte ruhig: "Was und wer kommt denn vom Fleck, Herr zukünftiger Finanzrat? Kommen Sie vom Fleck? Seit zwanzig Jahren laufen Sie in die gleichen Häuser. Warum sind Sie nicht neunzehn Jahre und dreihundertvierundsechzig Tage zu Hause geblieben und haben gewartet, bis all das Geld zusammen war für ihren Bezirk? Warum haben Sie siebentaussendmal einen Weg gemacht, wenn Sie heute denselben

Weg auf einmal erledigen könnten? Ich will es Ihnen sagen: weil jeder Mensch etwas vor der Hand haben muss, um damit fertig zu werden - das ist es. Und genau, wie Sie siebentausendmal einen Weg gehen, so streiche ich siebentausend Striche an einer Tür. Die Wohnung ist da, die Möbel stehen, aber die Türen müssen wieder Farbe haben. Und wenn ich so weiter male, dann kann ich hundert Jahre alt werden; so lange habe ich noch Aran zu tun. Damit nehme ich niemandem ein Stückchen Brot weg, und meins esse ich wieder in Behagen. Darf ich das denn nicht?"

Der Geldbriefträger nahm wortlos die Quittung, zählte das Geld auf den Tisch und ging. Im Treppenhaus blieb er stehen und wischte sich den Schweiß von der Stirn. Siebentausendmal war er in diesem Hause gewesen. Herrgott, es stimmte ja - aber die Sache hatte doch einen Haken: wenn er nicht wiederkäme vor abermals zwanzig Jahren, dann müsste doch Herr Willi Klahm verhungern... und dabei will der hundert Jahre alt werden! Warum hatte er die Antwort nicht bereit gehabt? Sollte er umkehren? Nun, nächstes Mal wollte er's dem komischen Kerl sagen - die Leute haben so Einfälle und denken nicht drüber nach!

Bei seinem nächsten Kommen nahm Frau Klahm das Geld für ihren verstorbenen Mann in Empfang. Der Postbote blickte zufällig auf die Schlafzimmertür - es war gerade eine Füllung dünn überstrichen. Frau Klahm sah seinen Blick und sagte dünn: "Hätte er nur einen grossen Pinsel genommen! Ich glaube, er hat den Schlagfall bekommen, weil er die öde Streicherei nicht mehr ertragen konnte. Wissen Sie, der Mensch darf nicht ahnen, dass er fertig ist; sonst wird er nicht hundert Jahre alt!"

Der Geldbriefträger ging auf die Strasse hinunter, zum siebentausendunddreissigsten Male. Er merkte, dass er langsam und unmerklich, wie ein Pinsel streicht, seiner Pensionierung entgegenwanderte.

Walter Anatole Persich.

Umgang mit Geld.^x

SPD. Der selige Knigge, der ein vorsorgliches Buch über den Umgang mit Menschen geschrieben hat, sollte möglichst bald aus der Seligkeit zurückgerufen und auf Reichskosten verpflichtet werden, ein Handbuch über den Umgang mit Geld zu verfassen. Es ist ja trotz der Verarmung noch eine riesige Menge Papiergeld im Umlauf, und beinahe jedermann kriegt einmal einen Schein in die Hände und gibt ihn weiter. Ja, weiter, aber wie! Neulich brachte mir der Briefträger einen Zwanzigmarschein, der war schon viermal gefaltet gewesen. Viermal! Vielleicht hatte jemand auch einmal eine Tüte daraus gedreht oder einen Papierdrachen versucht; wer weiss! Wir brachten ihn zu Bett und gaben ihm eine Wärmflasche. Wir plätteten ihn so heiss als möglich. Es wurde wieder ein Zwanzigmarschein, - was es jetzt schon wieder ist, wissen die Götter!

Daraufhin beobachteten wir genauer, welche Ursachen dieser Mangel an Umgangsformen haben könne, passten in der Strassenbahn, im Warenhaus und in der Post auf und stellten geradezu Unglaubliches fest. Die Mehrzahl der Zeitgenossen ist ohne weiteres imstande, den solidesten Zehnmarkschein achtlos wie einen Papierknäuel irgendwo zu verstauen. Von hundert Zehnmarkscheinen werden neunzig aus einem Portemonnaie ausgegraben, worin die Vorfahren winzige Silber Groschen gesammelt hätten, - acht werden aus einer Hosentasche geholt und zwei aus einer wirklich zweckmässigen Briefftasche.

Im Ernst, man sieht immer wieder Geldscheine zu kleinsten Klumpen geballt in kleinsten Portemonnaies verschwinden. Und zwar sind es vorwiegend Frauen, die solche Scherzartikel von Geldtaschen, nein, Geldtäschen aus ihren Handtaschen heraus zum Vorschein bringen. Männer haben viel häufiger Briefftaschen in der Rocktasche, wo das Papiergeld, einmal gefaltet, aufgehoben wird. Aber die Frauen! In der Strassenbahn sass eine, die zückte ein Liliputporte-

monnaie, wie es Kinder bis zur Konfirmation manchmal haben. Darin befand sich Papiergeld wie ein Klumpen Stanniol. Man konnte die Werte nicht mehr erkennen. Aber ein etwas spätes Mädchen, das mit einem Täschchen aus Schlangenhaut prunken wollte, zählte das Papiergeld, das wie Presstabak herauskam, vor unsern Augen zusammen. Es waren 140 Mark, lauter braune Scheine, jeder dreimal gefaltet. Vielleicht möchte man diesen Erfahrungen nicht recht Glauben schenken. Man frage einmal einen Strassenbahnschaffner; man höre und staune, wo die lieben Zeitgenossen ihr Geld haben, - selbst die Schuhe dienen als Portemonnaie! Es ist kein Wunder, wenn einem dann Geldscheine in die Hände fallen, die alles andere als willkommen sind, selbst wenn man noch so scharf darauf gewesen ist! Es gibt heute noch viele Leute, die tragen ihr Geld grundsätzlich in der Hosentasche. Sie denken, sie sind autonom im Lande der Freiheit und können mit dem Gelde machen, was sie wollen. Man darf ihnen nicht einmal sagen, dass es sich um ein allgemeines Zahlungsmittel handelt; dann wird man hoch im Bogen hinausgetan. Man darf sie nicht stören, wenn sie das Geld wie alte Papierblumen zusammenraffen und in die Tasche versenken. Man darf nicht einmal hinsehen.

Nirgends in der Welt gibt es so dreckiges, speckiges und schlecht behandeltes Geld wie bei uns. Auf der einen Seite heisst es, wir hätten kein widerstandsfähiges Papier und zu schwachen Aufdruck. Auf der anderen Seite heisst es, die Leute sind schuld. Man frage Knigge!

Martin Richard Möbius.

Zwischen gestern und morgen,^x

Besuch in Wien und Oesterreich.

SPD. Es ist richtig: die Landsleute von der Donau haben in letzter Zeit sehr häufig von sich reden lassen. Wenn z.B. die Steidle-Mannen mit dem Starhenberg und dem Hahnenschwanz rumorten, klang es ganz unwienerisch und fast bayerisch grob. Dann gab es eine Zeitlang eine Marxistenhetze, fast im Stile eines Hugenberg und seiner Trabanten. Neuerdings steht die Zollunion zur Debatte.

Aber davon reden wir heute lieber nicht. Es wird ohnehin mehr davon gesprochen, als der an sich guten Idee nützlich ist. Denken wir lieber an das Wien und das Österreich, wie es sich dem Zugereisten vom Norden zeigt, wenn es seine Stammesverbundenheit mit den Deutschen im Reiche betönt, ohne jedoch gleich in die hohe Politik zu steigen.

+ + +
In diesem Österreich, das die Weisheit der Sieger im Weltkriege aus dem national zerklüfteten Reiche Habsburg übrig liess, bildet die Zweimillionen-Stadt Wien einen festen Punkt, um den sich die übrigen "Bundesländer" mit wenig mehr als vier Millionen Einwohnern gruppieren. Alte und neue Kultur stossen hier aufeinander. Man fühlt sich zwischen zwei Zeitaltern, zwischen dem Gestern und dem Morgen! Man blickt mit Bewunderung auf die Denkmäler künstlerischen Schaffens, die aus vergangenen Jahrhunderten überkommen sind und treu gehegt werden, man sieht daneben ein Neues werden, Denkmäler der Gegenwart, die in die Zukunft weisen.

Einfluss, Macht, Reichtum - das war in früherer Zeit vereinigt bei den Trägern der weltlichen und der kirchlichen Gewalt. Um sie sammelte sich alles, was geistig und künstlerisch der Welt etwas zu geben hatte. Monarchen und Kirchen waren die Auftraggeber, in deren Dienst Kunst und Wissenschaft arbeiteten. Bei ihnen konzentrierte sich der gesellschaftliche Wohlstand, der aus dem Fleisse der werkenden Bauern und Städter entsprang. Das Schicksal der Völker verschwand unter dem Glanz des Hofes und der hohen Geistlichkeit. Wobei noch eingeschaltet sei, dass gerade in Österreich seit altersher der Hof und die Kirche stets so eng miteinander verbunden waren, wie kaum in einem anderen Lande Europas.

Schlösser und Klöster - wundervoll gelegen in malerischer Umgebung, aus-

gestattet mit Schätzen der Architektur, der Bildhauerkunst und der Malerei - spiegeln in ihrer Mannigfaltigkeit auch heute noch die grosse staatliche und gesellschaftliche Macht wider, die ihre Besitzer in früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten ausübten. Allein die Bundeshauptstadt Wien birgt an Schlössern und fürstlichen Palästen eine grosse Zahl, von der Hofburg und Schönbrunn und Belvedere über die kleineren fürstlichen Behausungen bis zu jenen Prunkbauten, die privater Reichtum neben den fürstlichen errichtet durfte.

Heute sind die Schlösser fast sämtlich Museumszwecken dienstbar gemacht. Und wenn in der "Burg" noch die "Schatzkammer" gezeigt wird mit den Kronen der Habsburger, mit den kostbaren Krönungsmänteln und Szepter und Reichsschwert, mit Wunderwerken der Goldschmiedekunst, die die Sage bis auf Könige des Mittelalters zurückgehen lässt, so mag man daran die ewig wirkende Kraft der Arbeit spüren, die wie in den Monumentalbauten so in der Feinkunst des Goldschmieds die Kultur vergangener Epochen gestaltete.

Vergangener Epochen! Die Monarchie ist auch in Österreich begraben. Zwar die Schlösser stehen noch, die sie einst erbauen liess, aber ihre Macht ist verschwunden. Nicht verschwunden aber ist die Macht und der Einfluss der Kirche, deren Stifte und Klöster und Dombauten mit Macht und Einfluss und Glanz der Monarchie einst wetteiferten.

+ + +

Fährt man durch die reizvolle Landschaft um Wien nach Norden oder Süden, nach Osten oder Westen, überall tauchen auf Hügelkuppen oder in Tälern die charakteristischen Stiftsbauten auf, die noch heute ihrem alten Zwecke dienen. Zistercienser oder Augustiner, Mönche der verschiedensten Orden haben sie vor Zeiten errichten lassen. Ihre Ordensbrüder von heute leben noch in gleicher Umgebung, gehen noch in gleicher Gebundenheit ihren Lebensweg und behüten daneben die Schätze kirchlicher Kunst, die ihnen anvertraut sind. In Klosterneuburg z.B., einem niederösterreichischen Vorort Wiens, steht auf überragender Bergkuppe ein Augustinerkloster, das auf die Babenberger zurückgeht, die vor den Habsburgern in der Ostmark herrschten. Hier ist eine ganze Geschichte der kirchlichen Kunst niedergelegt an Bauten, an Gemälden, an Plastik. Ein Schmuckstück - auch im profanen Auge des Weltkinds - ist der "Verduser Altar", ein hervorragendes Werk mittelalterlicher Goldschmiedekunst, das ursprünglich als Kanzelbekleidung gedacht war, schliesslich aber an anderem, aber bevorzugtem Platze kirchliche Verwendung fand. Hier ist die ganze biblische Sagenwelt in feinsten Emaillarbeit an den Flächen der goldenen Altarwand dargestellt, eine "biblia pauperum", die Bibel der Armen, die nicht lesen, aber die bildhaften Darstellungen wohl in sich aufnehmen konnten.

+ + +

Von der höfisch-kirchlichen Kultur des Mittelalters führt der Weg zur Neuzeit über die Entwicklung des Bürgertums und seine besondere Kulturwelt. Diese ist vor allem gekennzeichnet durch Meister der Töne und ihre Werke. In Wien sind Namen wie Haydn, Beethoven, Schubert, Mozart, Bruckner, Strauss noch heute so lebendig, wie je zuvor. Von ihnen zeugen nicht nur Denkmäler in Erz und Stein oder Erinnerungshäuser, auch ihre Werke werden immer wieder aufgeführt und damit ihr Gedächtnis über die Nöte der Gegenwart hinweg treu bewahrt.

+ + +

Inzwischen aber hat das soziale Zeitalter seinen Einzug gehalten, das nicht mehr dem einzelnen Repräsentanten auf dem Thron oder der geistigen Beschaulichkeit kühler Kirchenräume dient, sondern dem lebenden und schaffenden Menschen. An die Stelle des höfischen und geistlichen Kults trat der Wille, der Gesamtheit zu dienen und vor allem der grossen Schicht der Arbeitenden, die den Unterbau der Gesellschaft darstellt. Dieser Wille zum sozialen Dienst an der Menschheit wird besonders in dem "Bundesland" und der Bundeshauptstadt Wien mit Eifer und Konsequenz gepflegt. Wien hat gegenüber reichsdeutschen Städten ähnlicher Entwicklung den grossen Vorzug, dass es nicht Teil eines anderen "Landes" ist - wie etwa Berlin ein Teil von Preussen -, sondern dass es im

Rahmen der Bundesgesetzgebung über seine innere Gestaltung selbst beschliessen kann. Dazu kommt, dass es eine geschlossene sozialdemokratische Mehrheit in seiner Gemeindevertretung hat und daher den sozialdemokratischen Willen zur Neuformung mit voller Freude an der geschichtlichen Verantwortung zur Geltung bringen kann.

Dieser sozialistische Wille baut nicht Schlösser und Kirchen. Sein Ziel ist nicht hohler Prunk für Auserlesene und nicht mönchische Abgeschlossenheit, vielmehr Luft, Licht und Freude für die Massen der Arbeit und deren Kinder. Was die Gemeinde Wien in den Nachkriegsjahren an Wohnhöfen errichtet hat, wird in der Zukunft Zeugnis ablegen von dem ernsten Kollektivwillen unserer Generation, wie Schlösser und Klöster von etwa besonderer Eigenart jener Zeiten, in denen sie erbaut wurden. Der neueste und grösste dieser Wohnhöfe - der Karl-Marxhof - mit seinen rund 4 500 Bewohnern, seinen weiten Spielplätzen, den gemeinsamen Waschküchen und den Kindergärten unter fachlicher Leitung spiegelt besonders klar Ideenwelt und Willen wider, die im heutigen Wien lebendig sind. Diese Wohnungsfürsorge verrät klare Einsicht in Notwendigkeit des Tages, denn die Behausung der Wiener Arbeiter war vor dem Kriege ausserordentlich bescheiden, um nicht ein hartes Wort zu gebrauchen. Diese Fürsorge aber bedeutet auch einen festen Blick in die zukunft, die der arbeitenden Klasse gehören wird.

Aber nicht nur im Wohnbau zeigt sich der neue soziale Wille im neuen Wien. Von ihm ist das ganze soziale Fürsorgesystem durchdrungen, das hier eine besonders ausgeprägte Note trägt. Sie beginnt mit der Fürsorge für werdende Mütter und setzt sich fort über die Neugeborenen bis zu den Siechen und Greisen, die der Hilfe durch die Gesamtheit bedürfen.

Bilder, Denkmäler, Schloss- und Dombauten zeugen von den Gesellschaftsformen des Gestern, das verging und vergeht. Die architektonisch-schönen Wohnbauten der Gemeinde Wien und ihre sozialen Einrichtungen von heute aber kündigen uns das Morgen, das dem Gemeinschaftsideal dienen wird. Dieses Morgen gehört uns, gehört dem schaffenden und aufbauenden Sozialismus!

Franz Klühs.

SPD. Eine gute Referenz.^x Ein bekannter französischer Schriftsteller wurde in einem Pariser Café von einem Journalisten angesprochen: "Geht es Ihnen wieder besser? Haben Sie den Arzt konsultiert, den ich Ihnen empfohlen hatte?"

"Habe ich getan", erwiderte der Schriftsteller.

"Haben Sie dem Arzt auch gesagt, dass Sie auf meine Empfehlung kommen?"

"Natürlich, leider."

"Wieso leider?"

"Nun, kaum hatte ich Ihren Namen genannt, als auch der Doktor schon einen grösseren Vorschuss von mir verlangte.....!"

SPD. Unter Kompagnons.^x Pick und Pack haben einen Verlag. Eines Tages sagt Pick erregt zu seinem Kompagnon: "Wir müssen den Reisenden Mileck hinaus - schmeissen."

"Wieso, was hat er denn getan?" fragt Pack.

"Er erzählt unsrer Kundschaft, ich wäre ein Hornochse."

"Warum sollen wir ihn deshalb gleich rausschmeissen! Ich werde mal ernstlich mit ihm reden und ihm sagen, er soll in Zukunft keine Geschäftsgeheimnisse mehr ausplaudern....."
